

DER TSCHECHISCHE NATIONALSTAAT IM JAHRE 1919

Nachrichten und Kommentare aus den Berichten der sächsischen Gesandtschaft
in Wien zu innerstaatlichen, national- und außenpolitischen Problemen
seines Aufbaus

Von Alfred O p i t z

Beim Suchen nach großen epochenbegründenden Einschnitten im weltgeschichtlichen Ablauf und den zu ihnen gehörenden Jahreszahlen wird man in unserem Jahrhundert ohne Zweifel dem Jahre 1919 einen hervorragenden Platz einräumen müssen. Wenige Wochen vor seinem Beginn war mit dem allgemeinen Zusammenbruch der sogenannten Mittelmächte die Zeit des kriegsbedingt extremen Angespanntseins im weiten europäischen und vorderasiatischen Raum zu Ende gegangen; in mehr oder minder von revolutionären Eruptionen begleiteten Entwicklungsansätzen kristallisierte sich nun ein neues, vor allem in seinen mittleren und östlichen Regionen von Grund auf sich politisch umgestaltendes Europa heraus.

Auch das von Völkern und Stämmen recht unterschiedlicher (slawischer, germanischer, madjarischer, romanischer) Herkunft besiedelte südöstliche Mitteleuropa, bis dahin politisch zusammengehalten von einem durch Jahrhunderte gewachsenen, an Traditionen und Erfahrungen reichen Machtzentrum, wurde von den Wogen des veränderungsvollen Geschehens stärkstens erfaßt. Das im Herbst 1918 militärisch kapitulierende und unter dem heftigen Ansturm vielseitiger nationaler Autonomiebewegungen sich restlos auflösende alte habsburgische Kaiserreich hinterließ hier Zustände und Probleme, die mindestens bis in die letzten Monate von 1919 hinein als höchst unbestimmt und verworren, ja gebiets- und zeitweise als geradezu chaotisch bezeichnet werden müssen.

Nicht allein der strukturelle und administrative Aufbau ihrer neuen Staaten sowie die Mobilisierung des durch schwere kriegsbedingte Behinderungen ins Stocken geratenen wirtschaftlichen Schaffens nahmen die nun vordergründiger in der Geschichte (wieder-)auftretenden Völker dieses Raumes stark in Anspruch, sondern sogleich gab es da noch gewisse vom allgemeinen Weltgeschehen aufgeworfene bzw. aus siedlungs- und stammesgeschichtlichen Eigenarten eben dieser Regionen herrühende Sonderprobleme zu bewältigen: Bekanntlich brandeten ja besonders im Laufe des ersten Halbjahrs 1919 vom Osten her immer wieder starke russisch-kommunistische Propagandawellen in das ohnehin noch ganz aufgewühlte Mitteleuropa hinein, die gerade in dem noch lange instabilen Bereich der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten ein geradezu einladendes Terrain antrafen. Und was zum anderen von vornherein allen Nachfolgestaaten das ganze Aufbauwerk erschwerte, ja sie zeitweise in harte Existenzkrisen hineinriß, das waren die z. T.

endlos erscheinenden Streitigkeiten um die Klärung der neuen Staatsgrenzen wie um das Finden gangbarer Lösungen für das in diesen national bunt vermischten Siedlungsräumen auch nun wieder unvermeidbare politische Zusammenleben bestimmter ‚Staatsvölker‘ mit z. T. fast überstarken nationalen ‚Minderheiten‘.

Was die Ausgangslage und erste Phase beim Aufbau des tschechischen bzw. tschechoslowakischen Staatswesens betrifft, so zeigten sich auch da alle hier angedeuteten Problembereiche in vollem, z. T. sogar in gesteigertem Maße. Hier hatte es eine starke, zielbewußte Vorbereitung auf die neue Staatsgründung hin, insbesondere auch von außen her, gegeben, aber trotzdem übertrafen, wie die Männer der ersten Tage und Wochen bald spüren mußten, Umfang und Schwierigkeiten der inneren, der national-, grenz- und außenpolitischen Probleme, die nun zu bewältigen waren, alle Erwartungen.

Verhältnismäßig rasch war die Frage der Staatsform geklärt: Noch vor Mitte November 1918 wurde man, nach kurzem Zögern des (nationaldemokratischen) Vorsitzenden der provisorischen Regierung, Kramář, sich einig, daß der neue Staat eine wesentlich von einem Parlament getragene Republik sein und daß prinzipiell demokratisch gewählt und regiert werden sollte. So wurde von vornherein der Meinungs- und Parteienbildung freier Spielraum gewährt, wie auch der schon jetzt provisorisch in Abwesenheit¹ gewählte, im April 1919 verfassungsmäßig bestätigte Präsident der Republik, T. G. Masaryk, von seiner liberalsozialen Denkweise her das Seinige zur Stabilisierung echt demokratischer Staatsführung beitrug. In dieser Hinsicht waren gute Voraussetzungen und tatsächlich auch ein erfolgsversprechender Auftakt gegeben.

Schwierig hingegen war es zunächst, die unmittelbaren Kriegsfolgen im wirtschaftlichen Bereich zu überwinden und der Bevölkerung eine ausreichende Ernährungsbasis zu sichern, die Industrie von der Kriegs- auf Friedensproduktion umzustellen und über so manche Frage dieser und anderer Art sich auch mit dem relativ stark vorhandenen nichttschechischen (vor allem deutschböhmisches bzw. deutschösterreichisches) Element in der gewerblichen Unternehmerschaft einig zu werden. Wirtschafts- und nationalpolitisch/kulturelle Fragestellungen traten jedenfalls in ihrer engen Verflechtung sehr bald hervor und wiesen auf die unausweichlich auf eine Lösung harrenden nationalen Sonderprobleme innerhalb des neu gegründeten Staatswesens.

Eben diese waren es vor allem, die dem jungen Staat von vornherein besonders zu schaffen machten, und die zusammen mit den noch ganz offen stehenden Grenzziehungsfragen — so besonders im Norden hinsichtlich der ganz oder überwiegend deutsch besiedelten Regionen und im Südosten im Hinblick auf die von Ungarn beanspruchten slowakischen Gebiete, daneben auch gegenüber gewissen polnischen und ukrainischen Grenzräumen — eine höchst unsichere Lage erzeugten.

Von diesen schwimmenden Konturen her ergaben sich auch für die ersten außenpolitischen Gehversuche des jungen Staatswesens mancherlei Erschwernisse, so von dem ungeklärt deutschböhmisches Problem her für die Normalisierung der Be-

¹ Erst am 21. Dezember 1918 kehrte Masaryk aus seiner abenteuerreichen Emigration zurück.

ziehungen zu der neuen Republik Deutschösterreich, ganz besonders aber für das tschechisch-ungarische Verhältnis. Der im Laufe des Jahres 1919 bis zu beiderseitigen militärischen Aktionen sich steigernde Streit um die früher ungarisch verwaltete Slowakei — in den Monaten des Bestehens der ungarischen Räte-Republik kam es dort bekanntlich zu schweren, beiderseits verlustreichen Kampfhandlungen — wurde zur besonderen Belastungsprobe des ganzen Aufbauwerkes der Prager Politiker. Nicht einmal das slowakische Volk selbst zeigte entschiedene Neigung, die ihm zuge dachte Rolle als ‚zweite Staatsnation‘ neben den Tschechen übernehmen zu wollen; was da von Prag her an liberaler und demokratischer, nach westeuropäischen Vorbildern geprägter Staats-, Kirchen- und Schulpolitik angeboten wurde, das fand hier im weit entfernten Südosten nur schwerlich Zugang; die breite Masse der slowakischen Bauern und Gebirgler, Handwerker und Kleinstädter stand — darin noch bestärkt von ihren meist klerikal (römisch-katholischen) Wortführern — der ganzen neuen Staatsprogrammatik wenn nicht mißtrauisch, so zumindest weitgehend gleichgültig gegenüber. — Schließlich gab es, was die Beziehungen zu den Nachbarstaaten angeht, auch mit Polen Grenzraumkonflikte — hier vor allem um das für den Kohlebergbau bedeutsame Teschener Land —, so daß günstigere Beziehungen nur zu Rumänien², betont enge Bündnis- und Kooperationsneigungen vor allem aber gegenüber dem neuen jugoslawischen Staatswesen sich entwickelten. Gerade diese Tendenz aber brachte dem Tschechenstaat, der auf seiten der sog. Ententemächte nur der eindeutigen Freundschaft der Franzosen sicher sein konnte — bei freilich wohlwollend neutraler Haltung der Engländer und Amerikaner —, auch noch ein gestörtes Verhältnis zu Italien ein. Denn die Italiener setzten von vornherein alles daran, wegen ihrer Ausdehnungsbestrebungen im adriatischen Raum den Aufbau eines ihnen zu mächtig werdenden Jugoslawien zu verhindern und dabei auch dessen hilfsbereite Freunde, wie eben die Tschechen, zu schädigen, weshalb sie am Ende sogar den Angriff des kommunistischen Ungarn gegen die Tschechen in der Slowakei tatkräftig unterstützten.

Im Überblick zusammengefaßt ist angesichts der sowohl innerstaatlich wie national- und außenpolitisch problemreichen Situation zu Beginn des Jahres 1919 zu sagen, daß auch der neue tschechoslowakische Nationalstaat wie mehr oder weniger alle Nachfolgestaaten keinen leichten Anfang hatte. Es kam vor allem auf den zielstrebigsten klaren Blick und einen nicht erlahmenden Tatwillen der Staatsgründer an, das begonnene Werk allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum Trotz weiter voranzubringen, die vorerst nur provisorischen Verfassungs-, Verwaltungs- und Grenzverhältnisse nach und nach zu stabilisieren bzw. zu legalisieren und unter eindringlicher Einwirkung auf die Beratungen zur Vorbereitung der die europäischen Angelegenheiten ordnenden Friedensverträge sich die zum großen Teil durch die Tatsachen bereits geschaffenen, hier und da vielleicht noch abzurundenden Ergebnisse international bestätigen zu lassen.

*

² Allerdings gab es auch hier gewisse Meinungsverschiedenheiten, vor allem hinsichtlich des ruthenischen Grenzraumes.

Es mag erstaunlich erscheinen, daß in eben diesem ereignisreichen Jahr 1919, als der große mittel- und osteuropäische Umwandlungsprozeß in vollstem Gange war und besonders auch im ehemals österreichisch-ungarisch-monarchistisch regierten, völkermäßig bunt gemischten Donau-Großraum eine wesentlich neue, nationale und hier und da auch soziale Ansprüche besser als vorher berücksichtigende Staatenwelt mit ersten Konturen emportauchte, in der ehemals kaiserlichen Metropole des Ende 1918 versunkenen habsburgischen Reiches mancherlei alteingesessene diplomatische Institutionen über alle Wechselfälle hin sich zäh am Leben hielten. Zu ihnen gehörte auch die ehemals königliche, nunmehr freistaatliche sächsische Gesandtschaft, die neben der ebenfalls in Wien rüstig weiteramtierenden reichdeutschen Botschaft nicht nur die üblichen hier auf Sachsen bezüglichen außenamtlichen Vertretungsgeschäfte besorgte, sondern auch die alte Tradition einer emsigen und umsichtigen politischen Lage-Bericht-Erstattung für die eigene Regierung fortsetzte. Berichtsautor war der Leiter der Gesandtschaft selbst, ein schon lange Jahre als Legationsrat dieser Außenstelle angehörender Dr. Benndorf, der Ende Oktober 1918 nach Abberufung des letzten kgl. sächsischen Gesandtschaftsleiters (Alfred von Nostitz) die Weiterführung der Geschäfte in die neuen republikanischen Zeiten hinein übernommen hatte. Dieser in Wien über gute Informationsquellen und vielseitige Beziehungen verfügende berichtseifrige sächsische Beamte hinterließ, als die Gesandtschaft in Auswirkung der neuen deutschen Reichsverfassung Ende 1919 definitiv eingezogen wurde, ein ungewöhnlich reichhaltiges Berichtsmaterial, dessen Inhalte sich nicht nur auf Wien bzw. Deutschösterreich, sondern auf das ganze Rund der Nachfolgestaaten erstrecken. Zumindest die tschechoslowakischen und ungarischen Belange wurden hier ungefähr gleich intensiv wie die i. e. S. österreichischen beobachtet und Nachrichten davon, gelegentlich auch ausführliche Kommentare dazu, nach Dresden übermittelt. So entstand auch noch für das sonst allzu oft dem Historiker archivalisch recht mager erscheinende Jahr 1919 ein ungewöhnlich ergiebiger Quellenfonds. Wir lassen im Folgenden ausgewählte Teile daraus zu den oben angedeuteten inhaltlichen Bereichen sprechen.

Am 15. Januar beschrieb Benndorf im Bericht Nr. 4/1919 in breit angelegter Form die Lage in und um Wien, wobei besonders das politische Kernproblem des neuen Deutschösterreich, nämlich das Für und Wider bei der Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich, zur Erörterung kam. Im Zuge dieser Darlegungen, welche besonders auch die wirtschaftspolitischen Gründe für die eine und andre Richtung des deutschösterreichischen Weges hervorheben, fielen auch einige aufschlußreiche Bemerkungen zu den Zukunftsfragen Deutschböhmens:

Bei den Diskussionen um Existenzfragen Deutschösterreichs und seine wirtschaftlichen Belange, so hieß es da, würden „die Existenzbedingungen der Industrien Deutschböhmens und des Sudetenlandes . . . völlig ausscheiden, da man allerseits annimmt, und zwar wohl mit Recht, daß Deutschböhmen und Sudetenland entweder tschechisch bleiben, besonders im Falle des Beitritts Deutschösterreichs zu einer Donauföderation, oder an's Deutsche Reich fallen . . .“

Indessen — diese Ansichten mußte der Berichtende zehn Tage später selbst revidieren. Da ging es nämlich weniger um ‚Wirtschafts-‘ als um verfassungsrechtliche Gebietsfragen im Zusammenhang mit dem „Preuß'schen Entwurf zur deutschen

Reichsverfassung“, der in Wien „sehr kühl aufgenommen worden“ sei . . . , „insbesondere ist in dem Teil der Presse, der überhaupt für den Anschluß eintritt, der Verstimmung darüber Ausdruck gegeben worden, daß eine Zerstückelung Deutschösterreichs beabsichtigt werde, während hier an den Anschluß immer nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung gedacht worden sei, daß Deutschösterreich als Ganzes, insbesondere also ohne Abtrennung Deutschböhmens und Tirols, Bundesstaat des Deutschen Reiches werde“. Und drei Tage zuvor, am 22. Januar, heißt es zum gleichen Klagelied, die „deutschböhmische Sache“ werde von England und sogar Frankreich besser vertreten als von seiten Deutschlands, wo man „die nationalen Rücksichten aus utilitaristischen Gründen vernachlässigen zu dürfen glaubt“. Wiederholte Proteste der deutschösterreichischen Regierung gegen die Besetzung deutschösterreichischen Gebiets durch die Tschechen habe die englische Regierung dahingehend beantwortet, daß die endgültige Festsetzung der Grenzen durch die Friedenskonzferenz erfolgen werde, „. . . die Zuversicht der deutschböhmischen Führer ist nunmehr stark gewachsen“.

Wie sah es aber auf der anderen Seite, d. h. bei den tschechischen Politikern, hinsichtlich dieser völlig ungeklärten Dinge aus? Hierzu schrieb B. im Bericht Nr. 5/1919 ebenfalls am 15. Januar: „Masaryk hat gegenüber einem Korrespondenten des ‚Corriere della Sera‘ erklärt: Der tschechische Staat sei genötigt, sich von Deutschen, Polen und Ruthenen bewohnte Gebiete einzuverleiben, um den Zweck erfüllen zu können, im Verein mit den Jugoslawen und den Rumänen eine ununterbrochene Kette der Abwehr gegen die Orientgelüste Deutschlands (!) zu bilden. — In einer Unterredung mit dem Prager Korrespondenten der ‚Times‘ hat er geäußert: Was die Grenzen des Staates betrifft, wird sich die tschecho-slowakische Republik der Entscheidung der Friedenskonzferenz unterordnen.“ Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten (Kramář), daß die Besetzung Deutschböhmens definitiv sei und die tschechischen Ansprüche „durch die Entente in vollem Umfang verbürgt“ seien, müsse er (Benndorf) bemerken, daß Frankreich den Tschechen am 28. September 1918 nur die Unterstützung ihrer Aspirationen zugesagt, auf die vielen österreichischen Einsprüche gegen das tschechische Vorgehen hin aber auf die noch kommenden Entscheidungen der Friedenskonzferenz verwiesen habe.

Im schon angeführten Bericht vom 22. Januar wurde zum Verhalten der Tschechen des weiteren ausgeführt: „Die tschecho-slowakische Regierung sucht der Entscheidung der Friedenskonzferenz vorzugreifen und arbeitet, anscheinend nach einem bestimmten bis ins einzelne gehenden Plane, mit allen Mitteln darauf hin, das geschlossene deutschböhmische Sprachgebiet zu tschechisieren, u. a. auch dadurch, daß man auf Abwanderung der deutschen Bevölkerung hinarbeitet. So wird den deutschen Arbeitslosen . . . lohnende Arbeit in Serbien und Montenegro in Aussicht gestellt“, eine große Anzahl deutscher Arbeiter sei bereits in diese Länder abgewandert, andererseits bereite man die Rückwanderung von Tschechen aus Amerika in das deutschböhmische Siedlungsgebiet vor, im Laufe des Frühjahres werde mit etwa 30 000 solchen Rückkehrern gerechnet; in den Gemeindevertretungen überwiegend deutsch bewohnter Orte entferne man Deutsche und ersetze sie durch Tschechen, das gelte auch für die höhere Verwaltungsebene; wer als Deutscher in solchen Ämtern bleibe, müsse tschechisch lernen, Tschechisch sei als „innere Amts-

sprache eingeführt worden“; an den Wahlen zur österreichischen Konstituante teilzunehmen, würden die Deutschböhmen systematisch behindert, diesbezügliche Wahlversammlungen seien verboten; der Brief- und Zeitungsverkehr mit dem Ausland werde überwacht.

Gewiß wurde mit der Aufreihung dieser Einzelheiten nichts Unwahres berichtet. Besetzung und Tschechisierung Deutschböhmens gingen in weiten Bereichen munter voran, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß all diese vordringenden Maßnahmen stattfanden, während in Paris die letztlich entscheidenden Friedenskonferenzen gerade erst richtig anliefen und die führenden tschechischen Politiker untereinander noch darüber hin und her berieten, ob sich nicht vielleicht für beide Seiten annehmbare Teillösungen in Nordböhmen finden ließen. Denn daß die komplette Annexion Deutschböhmens dem Tschechenstaat leicht mehr Beschwerden als Vorteile bringen könnte, das schien mindestens für die politisch Weitblickenderen im Bereich des Möglichen zu liegen.

Auch die deutschböhmisches Politiker selbst gaben im Januar/Februar noch nicht jegliche Hoffnung auf, daß allen bereits vollzogenen Tatsachen zum Trotz sich vielleicht doch noch ein Ausweg aus dem Dilemma in letzter Stunde sozusagen herbei-verhandeln ließe. Davon hören wir bei Benndorf u. a. am 1. Februar, wo es heißt, daß Landeshauptmann von Lodgman am 30. Januar mit drei deutschböhmisches Beamten in die Schweiz gereist sei, „um dort mit Vertretern der Entente die in Wien schon eingeleiteten Besprechungen der deutschböhmisches Frage fortzusetzen“. — Im übrigen vermerkt unser Berichtsautor in den gleichen Tagen (4. Febr.), daß angesichts der dicht bevorstehenden Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung den böhmischen, mährischen und schlesischen Mitgliedern dieses Parlamentes von den Tschechen keine Pässe zur Reise nach Wien genehmigt worden seien. Was dann noch die in diesen Tagen in Wien besonders lebhaft diskutierte ‚Anschlußfrage‘ betrifft, so lesen wir davon in einem ausführlichen Bericht vom 8. Februar, wo man auch etwas über die Haltung der tschechischen Presse dazu erfährt: in Prag werde zwar gern immer wieder das tschechische „Désintéressement“ gegenüber dem von einer starken Gruppe von Deutschösterreichern betriebenen Anschluß an Deutschland betont, gleichzeitig aber erklärt, im Falle des Anschlusses werde die Entente die Lostrennung Deutschböhmens vom tschechoslowakischen Staat keinesfalls zugeben. Als seine persönliche Anmerkung fügt B. hier hinzu: „... daß die Lostrennung an sich durchaus noch im Bereiche der Möglichkeiten liegt, wird jetzt also sogar von tschechischen Blättern anerkannt“.

Doch Zweifel über den Ausgang dieser und noch anderer Probleme waren tschechischerseits nicht nur gelegentlich im Pressebereich zu spüren, sondern auch im Regierungskreis gab es dazu, wie überhaupt zum ganzen politischen Programm des neuen Tschechenstaates, immer wieder einmal überraschende Äußerungen. Im Benndorf-Bericht vom 26. Februar hieß es z. B.:

„Nach einer Meldung des ‚Prager Tagblatts‘ hat sich der Justizminister Dr. Soukop (Sozialdemokrat) bei einer Versammlung von Vertrauensmännern der tschechischen Bergarbeiterschaft in Kladno sehr scharf gegen das ‚tschechische Maximalprogramm‘ ausgesprochen, bei dessen Verwirklichung der tschecho-slowakische

Staat unter 14 Millionen Einwohnern 4 1/2 Mill. Deutsche, mehr als eine Mill. Magyaren und außerdem noch eine beträchtliche Zahl Polen und Ruthenen haben würde. Der ‚nationale Imperialismus‘ schädige das Ansehen des Staates nach außen und schaffe die Irredenta im Innern. Dr. S. sprach sich insbesondere mißbilligend über das Verhalten der tschechischen Truppen in Deutschböhmen, Schlesien (Teschen) und Nordungarn (Preßburg) aus. — Den Besitz Preßburgs als Donauhafen bezeichnete allerdings auch er als eine Lebensnotwendigkeit für den tschechischen Staat. — Nachdem er noch auf die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen hatte, bezeichnete er zusammenfassend die innere und äußere Lage des tschechoslowakischen Staates als ungünstig.“

Solche gewiß ehrsame nationalpolitische Selbstkritik mochte indessen eine Ausnahme von der sonst gültigen Regel sein; am einmal eingeschlagenen Prager Kurs änderte sich ja bekanntlich kaum etwas. Bei allen Zweifeln, die auch andre Regierungsmänner mit sich herumtragen mochten — ein Zurück gab es jetzt nicht mehr, die in Bewegung geratenen Grenz- und Nationalitätenkonflikte mußten durchgestanden, die Bestrebungen um wirtschaftliche Konsolidierung, sozialen Ausgleich und vorteilhafte außenpolitische Kontakte beharrlich fortgesetzt werden.

Im Laufe des Monats März trat immer deutlicher hervor — auch unsere Berichte spiegeln dies —, daß der Ausgang der zweifelvollen Situation um Deutschböhmen vor allem auch vom Fortgang der deutschösterreichischen Schicksalsfragen abhängig war und blieb. Österreichischer Anschluß an Deutschland — das hätte noch eine überraschende Lösung bringen können, aber da etwa um Anfang März sich die Anzeichen häuften, daß vorerst an einen baldigen Vollzug dieses Wunschprogrammes vieler Deutschösterreicher — nach Benndorf bemühten sich darum besonders die ehemaligen ‚Deutschnationalen‘ sowie ein Teil der Sozialdemokraten — nicht zu denken war, gerieten auch die Hoffnungen der deutschböhmisches Politiker ins Wanken, doch noch einen Weg zur Loslösung vom tschechischen Staatswesen zu finden.

Am 10. März gab B. eine breite Schilderung zu all diesen Dingen; die rund 7 Seiten, die er unter Anführung mannigfacher innerösterreichischer Namen, Gruppen und Tendenzen diesen Darlegungen widmete, enden mit einer Zusammenfassung, die diesen Zusammenhang zwischen der österreichischen Frage im weiteren und der deutschböhmisches im engeren Sinn bemerkenswert deutlich zu erkennen gibt. Das wichtigste davon sei hier wörtlich festgehalten:

„... die Aussichten der Verwirklichung des Anschlußgedankens haben sich in Deutschösterreich in letzter Zeit unverkennbar stark verschlechtert, und die Feinde des Anschlusses sind am Werke, sie weiter zu verschlechtern. Die Vorstellungen, die sich die Anschlußgegner von der Zukunft Österreichs machen, sind übrigens sehr verschiedenartig und größenteils recht unklar. Die einen setzen sich für eine politische und wirtschaftliche Donaukonföderation ein, die anderen beschränken sich auf Vorschläge von Wirtschaftsbindnissen, wieder andere propagieren die Neutralisierung Deutschösterreichs (und zwar neuerdings mit wachsendem Erfolg), und viele lehnen eine bestimmte Stellungnahme vorderhand überhaupt ab. — Ich darf noch bemerken, daß man in Wien unter ‚Deutschösterreich‘ meist nicht auch Deutsch-

böhmen mitverstanden wissen will, wenn vom Anschluß die Rede ist, da man ja die Überzeugung hegt, Deutschböhmen werde, sei es ganz oder teilweise, künftig entweder zum tschecho-slowakischen Staat oder aber zum Deutschen Reich gehören und insofern mit Wien und den Alpenländern nichts mehr zu tun haben.“ Hingegen würden, so endete B. seinen Bericht, die in Wien befindlichen politischen Führer Deutschböhmens nach wie vor an ihrer alten Auffassung eines vom Tschechenstaat freien Weges für Deutschböhmen festhalten.

Nach diesen deutlichen Anzeichen fortschreitender Abstandnahme Deutschösterreichs von Deutschböhmen blieb für dieses aber tatsächlich kaum noch etwas anderes zu erwarten als die Einverleibung in den tschechischen Staat — wenn je überhaupt etwas anderes seit dem Zusammenbruch des alten Österreich-Ungarn zur Wahl gestanden hatte. Zwar blieb die Landesregierung für Deutschböhmen noch formell für einige Monate bestehen, durchdringende Wirkungen im Sinne ihrer Hauptzielsetzungen sind aber von dort nicht mehr ausgegangen. Deutschböhmen wurde so auch in unseren Berichten von nun an ein Thema, über das nur selten noch intensivere Mitteilungen auftauchen.

Es ist kaum verwunderlich, daß, solange die deutschböhmischen Wortführer mit einigen berechtigten Hoffnungen auf Wien blicken konnten, das tschechisch-österreichische Verhältnis nicht den günstigen Stand erreichen konnte, den im Grunde beide Seiten wegen der Anknüpfung gedeihlicher Beziehungen, dies zumal im Sinne eines verbesserten wirtschaftlichen Austauschs, sich insgeheim wünschten. Vorerst beargwöhnte man sich wegen der zu vielen noch offenen Grenz- und Nationalitätenfragen, die Tschechen die Deutschösterreicher in Wien noch besonders wegen der gerade Anfang März noch einmal stark in Bewegung gekommenen Verhandlungen der österreichischen ‚Anschlußpolitiker‘ mit der deutschen Reichsregierung. Ehe man sich in Prag von der Ergebnislosigkeit dieser österreichischen Bemühungen (Außenminister Dr. Bauer in Berlin usw.) hinreichend überzeugen konnte, brachte das tschechische Mißtrauen seltsame Blüten hervor, wie einer der Benndorf-Berichte erkennen läßt (14. März). Die tschechische Regierung richtete, wie es da heißt, an die mit ihr verbündeten Mächte eine Note „über den von der deutschösterreichischen Regierung angeblich geplanten Einfall in tschechoslowakisches Gebiet“; da auch die sächsische Regierung verdächtigt wurde, direkt oder indirekt an der ‚Verschwörung gegen den tschechischen Staat‘ (so das ‚Neue Wiener Tagblatt‘ vom 12. März) beteiligt zu sein, gab es in Wien zwischen dem österreichischen Außenminister und Dr. Benndorf eine enge Fühlungnahme, die die Aufklärung zu den von tschechischer Seite erhobenen Beschuldigungen einleitete. Schon nach kurzer Zeit konnten diese als Ausfluß übler Gerüchtemacherei irgendwelcher düsterer Elemente auf tschechischer Seite nachgewiesen werden.

Aber der Vorfall war symptomatisch. Solange die an den Friedensverträgen bastelnden Großmächte noch keine verkündungsreifen Ergebnisse zur Hand hatten, fehlten bei den jungen Staaten im aufgewühlten Bereich des Donauraums zuverlässige Ansatzmöglichkeiten für stabilere zwischenstaatliche Beziehungen. Nervöses Mißtrauen gegen die deutschösterreichische Republik, zunehmende Konfrontation im Verhältnis zu Ungarn, Grenzstreitigkeiten mit Polen und Rumänen, dazu die anscheinend eher wachsende als abnehmende innere Abstandnahme des

slowakischen ‚Staatsvolkes‘ gegenüber dem ganzen Aufbauprogramm — die Lage war von Prag aus gesehen im Frühjahr 1919 keineswegs als günstig zu bezeichnen. Doch überlagerten sich auch nach innen — von den slowakischen und anderen nationalen Sonderproblemen ganz abgesehen — die nur mit viel Mühe, Geduld und Umsicht zu bewältigenden Schwierigkeiten.

*

Wie fast im gesamten Mittel- und Osteuropa waren von der jahrelang bestehenden Kriegswirtschaft her im industriellen und gewerblichen, nicht minder im handelsorganisatorischen Bereich auch des neuen tschechischen Staates vielerlei Umstellungs- und Aufbau-Maßnahmen erforderlich. Dazu kam, daß im sozial- und rechtspolitischen, zusammenhängend damit auch im finanzpolitischen Sektor den neuen demokratischen Grundsätzen entsprechend zu ordnen und zu verwalten war. Die Benndorf-Berichte bringen, wenn auch nicht oft, so doch immer wieder einmal kürzere oder auch breiter in Einzelheiten statistischer, verordnungstextlicher u. a. Art sich ergehende Notizen, wie für die hauptsächlichen Nachfolgestaaten rundum so auch für die Tschechoslowakei.

Es würde aber zu weit führen, das ganze bunte, oft nur splitterartig in die Berichte eingestreute Nachrichten- und Kurznotizengemisch, das hier vor allem zu administrativen, finanz- und industriegewirtschaftlichen Einzelheiten — meist ohne tragende Zusammenhänge erkennen zu lassen — vorliegt, ausbreiten zu wollen. Vielmehr gilt unsere besondere Aufmerksamkeit auch weiterhin den fundamental wichtigen Fragenkomplexen, die für das Gelingen des Staatsaufbaus im Ganzen vorrangig erscheinen und die auch bei B. immer wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Zur Gruppe dieser schicksalsschweren Problemkreise gehörte — wie eingangs schon kurz angedeutet — die über den ganzen weiten mitteleuropäischen Raum hin sich erstreckende und dabei die großstädtischen sowie die bereits stärker industrialisierten Bereiche besonders berührende Infiltrationsgefahr, die sich im sozialen und innenpolitischen Feld vom bolschewistischen Umsturz in Osteuropa her im ersten Nachkriegsjahr — gebietsweise auch noch darüber hinaus — in verschiedenen Formen bemerkbar machte. Die Hauptstadt und die Industrieregionen der neuen Tschechoslowakei — bekanntlich gehörten Böhmen und Mähren bereits im alten Österreich-Ungarn zu den industriegewirtschaftlich am weitesten entwickelten Ländern — blieben von diesen unaufhaltsam in die Massen hineingetragenen umstürzlerischen Propagandawellen nicht verschont; auch innerhalb der gewerkschaftlichen und bei den mehr oder weniger sozialistisch orientierten politischen Gruppierungen — zumal innerhalb der zahlenmäßig relativ starken, an der breiten Regierungskoalition beteiligten Sozialdemokratie — drang die kommunistische Agitation mächtig voran, so daß sich besonders während des 1. Halbjahres 1919 immer wieder extrem kritische Situationen, besonders auch im Hinblick auf den betont bürgerlich-nationalistischen Kurs der Regierung Kramář, ergaben.

Die angespannte Lage in Prag um Mitte Januar, als soeben in den Straßen Berlins schwere bürgerkriegartige Kämpfe getobt hatten, beschreibt Benndorf am 20. Januar so:

„Die tschechische Regierung hat die Niederlage der Berliner Spartakisten mit großer Genugtuung begrüßt, weil sie die Gefahr des Übergreifens der Spartakusbewegung nach Prag nunmehr bis auf weiteres für vermindert hält. — Viel der in Rußland gewesenen Legionäre und Kriegsgefangenen sind als Bolschewiken zurückgekehrt und kämpfen in Kreisen der Arbeiter und jungen Intelligenz erfolgreich für Durchführung der bolschewistischen Ideen. Im Zeichen dieses Kampfes tagten vom 27. bis 30. Dezember v. J. in Prag die sozialdemokratischen Konferenzen. Diese brachten eine vollständige Niederlage für die Pilsner Richtung (Haber- mann und Modracek, ‚nationalistische Gruppe‘ der tschechischen Sozialdemokratie), und Rehabilitierung für den Führer der früheren opportunistischen Richtung Smeral (internationalistische Mehrheit der tschechischen Sozialdemokratie) . . . Der ‚Pravo Lidu‘ nahm den Führer der tschechischen Bolschewiken, Muna, ostentativ in Schutz gegen jede Gewalt von Seite dessen Gegner. Unmittelbar darauf folgte das Attentat auf Kramář, und dem Attentäter wurden direkte Beziehungen zu Muna nachgewiesen. Der drohende Hinweis der sozialdemokratischen Presse, daß das Attentat in der nichts weniger als sozialistischen Arbeit der Regierung seine Berechtigung hat, hat Eindruck gemacht und zu Versprechungen auf dem Gebiete sozialer Gesetzgebung von Seiten der Regierung geführt . . .“

Auch unter den Arbeitern im Kohlebergbau schien die kommunistische Agitation Fortschritte zu machen. Über die wirtschaftlichen und stimmungsmäßigen Zustände im Revier von Kladno berichtete B. am 4. März:

„. . . die vom Arbeitsministerium aus gebesserten Lohnverhältnisse haben an sich keine Produktionssteigerung herbeigeführt. Es hat aber den Anschein, als ob die Arbeiterführer auf die Arbeiter eingewirkt hätten, indem sie ihnen die Gefahr vor Augen stellten, in der die ganze Produktion des Staates schwebt, wenn die Kohlenförderung weiter daniederliege. Die Produktion ist darauf in einer großen Anzahl von Schichten ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Sie übersteigt sogar die Förderung der letzten Kriegsmonate und erreicht bis zu 55 % der Friedensförderung. Die Förderung war zuletzt infolge kommunistischer Umtriebe bis zu 25 % der Friedensförderung abgesunken. Die Kohlenpreise sind infolge der gestiegenen Löhne hoch . . .“

Die Leistungssteigerung, von der hier die Rede ist, schien aber den auch hier schon angedeuteten Tiefstand der Kohleförderung doch nicht wett machen zu können. Jedenfalls muß man das annehmen, wenn man am 10. März bei B. liest:

„Corriere della Sera‘ meldet, daß von dem tschechoslowakischen Staat die von Italien angekauften Kohlen und Zuckervorräte nicht geliefert werden könnten, da in Nordböhmen und in den schlesischen Gruben infolge der bolschewistischen Unruhen und Arbeitseinstellungen die Kohlenförderung auf 48 % der früheren Förderung gesunken sei und der Kohlen- und Arbeitermangel auch die Zuckerfabrikation verzögere . . .“

Im gleichen Bericht wurde an anderer Stelle noch einiges Nähere zu der politischen Agitation unter den Arbeitern ausgeführt:

„In Kladno hat am 7. März wieder eine große Bergarbeiterversammlung stattgefunden, in der der zur internationalistischen Mehrheit der tschechischen Sozial-

demokratie gehörige Redakteur Stivin, der sich seinerzeit in seinem Blatte ‚Pravo lidu‘ des Bolschewistenführers Muna angenommen hatte, und der Bolschewistenführer Zapotocky sprachen. Die Redner griffen die Regierung, in der ‚fünf Minister-millionäre‘ saßen, wegen ihrer reaktionären Haltung an und forderten den Austritt der sozialdemokratischen Minister. Sie kündigten einen baldigen Umsturz und die Herrschaft des Proletariats an . . . ‚die bolschewistische Sonne, die über dem weiten Rußland strahle, werde bald auch in Böhmen leuchten‘.“

Indessen scheint es, daß bei allen orts- und zeitweisen Erfolgen der kommunistischen Propagandatätigkeiten letztlich die gemäßigten, d. h. die auf ‚Reformen‘, nicht auf ‚totale Revolution‘ hinielenden Kräfte der tschechischen Sozialdemokratie das Feld behaupteten. Während es zu eben dieser Zeit in den Nachbarländern Bayern und Ungarn zu kommunistischen Umstürzen und Regierungsbildungen kam, gelang es der tschechisch-sozialdemokratischen Parteiführung die von extrem links her anbrandenden Wogen aufzufangen und die Masse der Arbeiter unter konsequenter Ansteuerung reformsozialistischer Ziele bei der Stange zu halten. Wie stark die Stellung dieser sozialdemokratischen Führung gewesen sein muß, zeigt sich z. B. auch in der souveränen Behandlung der Frage der Errichtung von ‚Arbeiterräten‘, wozu B. am 6. Mai eine kurze Notiz bringt:

„Die sozialdemokratische Parteileitung hat die Errichtung von Arbeiterräten ‚nicht empfohlen‘, da die Sozialdemokratie ohnehin über starke fachliche wie politische Organisationen verfüge. Für Kladno hat sie jedoch die Errichtung genehmigt, da dort die Wahlen für die Arbeiterräte, in denen auch andere Parteien und die Beamtenschaft vertreten sein sollen, bereits im Gange waren.“

Es besteht aber auch kein Zweifel, daß das Vertrauen der Arbeiter in ihrer Mehrheit nur zu gewinnen war, wenn der Kurs der Parteiführung in erster Linie auf Realisierung echter Arbeiterinteressen gerichtet blieb und bei ihr nicht etwa unkritisches Verhalten gegenüber dem in dieser Hinsicht anscheinend doch immer wieder recht nachlässigen Regierungskurs um sich griff. Aus solchen Einsichten gab es schon seit Jahresbeginn immer wieder sich zuspitzende Spannungssituationen im Verhältnis sozialdemokratische Parteileitung — Regierung. Doch ehe wir die Bendorff-Berichte zu diesen und noch anderen innerstaatlichen Auseinandersetzungen sprechen lassen, sei der Fragenkreis ‚bolschewistische Einflüsse‘, soweit über direkte Vorgänge dazu berichtet wird, abgeschlossen.

Daß in dieser Hinsicht Wirkungen nicht nur im Bereich ‚Berg- und Industriearbeiter‘ zu spüren waren, ist aus dem schon anderweitig hier verwendeten Bericht vom 25. Januar zu ersehen. In einem besonderen Absatz heißt es da:

„Die Pressemeldungen über Meutereien auf bolschewistischer Grundlage im tschechischen Heere werden vom Kriegsminister Klofač bestätigt. Gemeutert haben das 28. Infanterieregiment und das 8. Landwehrdivisionsinfanterieregiment. Letzteres verließ seine Ubikationen im Lager von Milowitz und wurde bei Lieben nach schwerem Kampf mit Legionären entwaffnet. Das Regiment ist gegenwärtig in Lieben interniert. Ein Teil ist nach Jungbunzlau geflohen.“

Allgemein ist zu sagen, daß das ganze Problem ‚Kommunistische Infiltration‘ mehr als nur eine Randerscheinung während der Aufbauphase des tschechischen Staa-

tes gewesen ist. Die schweren inneren Auseinandersetzungen innerhalb des sozialistischen Lagers, die von dieser Seite her entstanden und die wiederum zu scharfen Konflikten zwischen sozialdemokratischer Parteiführung und der bereits als ‚imperialistisch‘ und ‚kapitalistisch‘ weithin verschrienen Regierung führten, stellten viele Monate hindurch das ganze Aufbauwerk in Frage. Besonders zugespitzt zeigten sich diese Dinge, als um Ende März von Ungarn her, wo sich bekanntlich eine kommunistisch dirigierte Räteregierung an die Spitze setzte, eine neue Woge bolschewistischer Einflüsse durch das Land ging. Umso dringender kam es deshalb darauf an, die Realisierung der längst anstehenden Programme zu einer dem fortschreitenden Industriezeitalter angemessenen Sozialreform in Angriff zu nehmen. Zum Unterschied von der Entwicklung im westeuropäisch-nordamerikanischen Geschichtsraum hatte sich im Herrschaftsbereich der beiden mitteleuropäischen, noch immer stark nach sozialen Begriffen des frühen 19. Jahrhunderts geformten Großmonarchien vieles erhalten können, was — wie etwa die extrem ungleiche besitzrechtliche Verteilung von Grund und Boden, hier und da auch noch gewisse Wahlrechts-, Steuer- und andere Privilegien — den modernen Grundauffassungen von liberaler und um demokratische Gerechtigkeit bemühter Staatsgestaltung direkt entgegenlief. Da gab es nun eine Menge aufzuräumen, auch und gerade bei den Nachfolgestaaten des alten Österreich-Ungarn.

So wurden jetzt, in den ersten Monaten des neu zu errichtenden tschechischen Staatswesens, das ja von vornherein die bürgerlichen Grundrechte sowie die demokratischen Aufbauprinzipien im Verwaltungs-, Sozial- und Rechtswesen ernst nahm, Forderungen immer stärker, die zu allernächst erst einmal die Rückständigkeiten in der Verteilung des land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodens beseitigt sehen wollten³. Neben diesem auf eine umfassende Bodenreform hinauslaufenden Verlangen gab es des weiteren Bestrebungen, wie man sie in den ersten Nachkriegsjahren in den bereits stärker industrialisierten mitteleuropäischen Ländern allgemein bemerkt, und die man gern unter dem Schlagwort ‚Sozialisierung‘ registriert, gleich ob dabei an direkte Verstaatlichung bestimmter Werke, Industriezweige oder volkswirtschaftlicher Einrichtungen wie Banken, Sparkassen, Versicherungen usw. oder aber an wesentliche Mitbestimmung der arbeitenden Betriebsangehörigen in der Unternehmensleitung, Personalverwaltung usw. gedacht wurde.

Betrachtet man diese reformerischen Forderungen eines großen Teils des Wählervolkes auf ihre Chancen hin, von der Regierung aufgenommen und in Verordnungen und Gesetze transformiert zu werden, so muß man vor allem feststellen, daß bei den aus recht unterschiedlichen parteipolitischen Strömungen kommenden Kabinettsmitgliedern durchaus keine einheitlichen Auffassungen bestanden. Wohl herrschte Einigkeit in der Meinung, daß eine grundlegende Bodenreform unum-

³ Vor den nun bald beginnenden Reformmaßnahmen sah die ungleiche Verteilung nach B e n n s, F. Lee: Europe since 1914. New York 1943, S. 614 so aus: In Böhmen gehörten rund $\frac{1}{4}$ des Bodens nur 2% der Landbesitzer; in Mähren rund $\frac{1}{3}$ des Bodens kaum einem Prozent, in der Slowakei besaßen rund eintausend Familien ungefähr die Hälfte des ganzen Landes. Außerdem gab es, besonders in Böhmen, dabei ein nationales Problem: Seit der großen Enteignungsaktion unter Kaiser Ferdinand (1620) waren v. a. Deutsche Großgrundbesitzer geworden.

gänglich notwendig, doch wie sie durchzuführen sei, darüber gingen die Ansichten auseinander. Das brachte aber Verzögerungen in der Prozedur des Verordnungswerkes mit sich und da der eher konservativen Auffassungen zuneigende ‚nationaldemokratische‘ Ministerpräsident in diesen Dingen nicht gerade die treibende Kraft war, wurde die Öffentlichkeit unruhig. Der bereits als Reaktionär verschriene Kramář wäre, wie wir schon hörten (Ber. 20. Januar), beinahe einem Attentat zum Opfer gefallen, und in den Reihen des einfachen Arbeitervolkes bekam die kommunistische Propaganda Aufwind. In einem der beiden vom 15. Januar vorliegenden Berichte schreibt Benndorf zu dieser Stimmungslage in Kurzform:

„Starke sozialdemokratische Opposition gegen die Regierung und kommunistische und bolschewistische Strömungen, die in Teuerungskrawallen in Zizkow, Klattau u. a. O. und in dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Kramarz in Erscheinung getreten sind. Dr. Kramarz hat durch programmatische Erklärungen, die er am Tage nach dem Attentat in der ersten diesjährigen Sitzung der Nationalversammlung (9. 1.) abgegeben hat und in denen baldige Einberufung der gesetzgebenden Versammlung (die Wahlen sollen im Herbst stattfinden), Bekämpfung des Lebensmittelwuchers, Erhebung einer Vermögensabgabe, Verstaatlichung der Kohlegewinnung u. a. versprochen wird, zu beruhigen versucht.“

Was die immer dringlicher werdenden Forderungen zur Grundbesitzreform angeht, so zeigen sich direkte Meldungen dazu in unseren Berichten erstmals gegen Ende Februar/Anfang März. Erklärlicherweise kamen sie von seiten der Bauernvertreter; interessant daran ist, daß weitergehende politische Forderungen damit verknüpft wurden. So hieß es am 26. Februar:

„Der Klub der tschechischen Agrarier veröffentlicht ein Arbeitsprogramm, in dem er die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Häusler, die Aufhebung der Fideikomisse, Anklage gegen die Grafen Berchtold, Clam-Martinic, Fürstenberg, Thun-Salm, Czernin u. a. als Mitschuldige am Kriege fordert. Für den Fall der Verurteilung der Anzuklagenden solle die Konfiskation ihrer Güter ohne Entschädigung erfolgen. Auch die Güter der Mitglieder des Kaiserhauses sollten ohne Entschädigung eingezogen werden“⁴;

und am 4. März wurde kurz mitgeteilt:

„Sämtliche politische Klubs der Nationalversammlung haben sich für die Enteignung des Großgrundbesitzes ausgesprochen.“

Im Fortgang dieser Sache ist aber zu bemerken, daß außerhalb der sozialdemokratisch/sozialistischen Gruppierungen nach diesen verbalen Erklärungen zunächst anscheinend nicht viel geschah, was — auch im Zusammenhang mit noch anderen Reibungspunkten — im Laufe des März zu heftigen Reaktionen bei den Sozialdemokraten führte. Wir hören bei B. zuerst davon am 14. März:

„Die sozialdemokratischen Angriffe gegen die Regierung werden immer intensiver, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie zu einer Ministerkrise führen ...“

⁴ Zu einem anderen innenpolitisch wichtigen Punkt heißt es hier noch: „Das Gesetz über die Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge — Einführung des Arbeitszwanges — ist von der Nationalversammlung angenommen worden.“

Weiter wird hier berichtet von einer Erklärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Bechyne im Verfassungsausschuß, die sich zunächst gegen die von der Regierung veranlaßte Beschränkung des Versammlungsrechtes richtete, „die in den Arbeitermassen ungeheure Erregung hervorgerufen habe“; und weiter von einer ‚Entschließung im Sozialdemokratischen Klub‘, deren Wortlaut voll wiedergegeben wird und der so beginnt: „Wir haben das Vertrauen verloren, daß die jetzige Regierung imstande sein wird, ihr soziales Programm vom 9. Januar d. J. durchzuführen“⁵. Den Anstrengungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Klubs ist es nicht gelungen, die bürgerlichen Mitglieder der Regierung namentlich in der Frage der Enteignung des Großgrundbesitzes zu einem entscheidenden Schritt nach vorwärts zu bewegen. Hierzu gesellt sich die harte Praktik der Behörden bei der Ausübung des Versammlungsrechts . . . wir beauftragen deshalb den Klubvorstand, bei allen Parteien der Nationalversammlung sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob sie geneigt wären, dafür zu garantieren, daß das Januarprogramm unverzüglich durchgeführt werde . . .“ (hier folgen dann Richtlinien für das Verhalten der sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung, falls die Parteien im hier angesprochenen Punkt negativ entscheiden, abschließend gibt es Bemerkungen zur Wahlordnung für die zu erwartenden Wahlen zur Konstituante und die Versicherung des Vertrauens gegenüber den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung, nämlich Habrman, Dr. Soukup und Dr. Winter).

Als sich im späteren Verlauf des Monats März im benachbarten Ungarn die Machtübernahme durch eine überwiegend kommunistisch zusammengesetzte Regierung vollzog und schnell neueste Nachrichten davon in die Nachbarländer drangen, da nahm der kritische Zustand in Prag bedenkliche Formen an. Benndorf äußerte sich hierzu am 22. März, nachdem er eingangs seines Berichtes meinte, „die neue Lage in Ungarn“ werde Deutschösterreichs innere Verhältnisse weniger, umso mehr aber die in „Tschechoslowakien beeinflussen, wo sich die Gegensätze ohnehin in den letzten Tagen sehr scharf zugespitzt haben“. Weiter heißt es da:

„Wie ich aus guter Quelle erfahre, lebt die tschechische Regierung in ernstester Sorge, sie werde der radikalen, dem Bolschewismus nicht ferne stehenden Gruppe der tschechischen Sozialdemokratie nicht mehr Herr werden . . . Man werde, so habe ein im Vertrauen des Finanzministers Rašin stehender Bankdirektor gesagt, nun noch den Versuch machen, den Ansturm der radikalen Elemente dadurch aufzuhalten, daß man ihnen den Großgrundbesitz zur Aufteilung und die deutsche (nordböhmisches) Industrie zur Sozialisierung ‚hinwerfe‘ . . . aus einem soeben aufgefangenen Radiotelegramm wisse man (das habe der deutsche Botschafter Graf Wedel mitgeteilt), daß Präsident Masaryk mit dem Rücktritt der tschechischen Regierung rechne.“

Allen Befürchtungen zum Trotz schien aber die extrem zugespitzte Lage sich nach wenigen Tagen doch zumindest um ein wenig zu entspannen, wenn auch keineswegs ganz zu beruhigen. Eingeleitet wurde diese Wende durch ein gewisses Einlenken der Agrarier gegenüber den inzwischen ultimativ gestellten Forderungen

⁵ Vgl. oben Ber. vom 15. Januar.

der Sozialdemokraten zur Enteignung des Großgrundbesitzes. B. berichtet davon und dazu von internen Zuständen in den verschiedenen politischen Parteien in einem sehr ausführlich und vielseitig angelegten Bericht vom 25. März:

Das auf 14 Tage befristete Ultimatum des ‚Sozialdemokratischen Klubs‘, mit dem dieser „in der Nationalversammlung gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Agrarier“, vorgegangen sei (13. März), habe gefordert, daß „die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Versammlungs- und Pressefreiheit durch Gesetz ausgesprochen, eine Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung geschaffen und die Gemeindewahlen ausgeschrieben würden. — Inzwischen hat die Mehrheit des Klubs der Agrarier im Hauptpunkt des Ultimatums, der Bodenreformfrage, nachgegeben und sich damit einverstanden erklärt, daß der Großgrundbesitz von 50 ha aufwärts enteignet und Eigentum der Republik werde.“ Indessen wäre der Konflikt, so heißt es hier weiter, noch keineswegs behoben, denn die Agrarier beharrten auf dem Standpunkt, daß der enteignete Boden an private Bewerber verkauft werden solle, während die Sozialdemokraten Verpachtung fordern. Es sei also leicht möglich, daß sich die Krise wieder verschärfe, die Stellung der Regierung weiter abgeschwächt und die Macht der Sozialdemokraten noch mehr gestärkt werde.

An diese an den Anfang gestellten Mitteilungen schloß der Berichtende detaillierte Zustandsschilderungen zur Lage bei den Sozialdemokraten und anderen politischen Parteien an. Bei der Sozialdemokratischen Partei sei der linke Flügel durch Zusammenschluß mit den an sich mehr auf nationale Prinzipien schauenden ‚Autonomen‘ nicht geschwächt, die Partei im Ganzen eher gestärkt worden, Teile des linken Flügels wie die Gruppe um Stivin halte „enge Fühlung mit den tschechischen Bolschewiken, deren Stamm aus Rußland zurückgekehrte Soldaten sind, — aber nicht die ‚Legionäre‘, die ja gegen die Revolution gekämpft haben und von der Entente beeinflußt sind“. Die ‚Bolschewiken‘ mit ihrem Führer Muna würden sogar von den sozialdemokratischen Ministern Dr. Soukup und Dr. Vrbenský protegiert, sie würden demnächst in Pilsen eine eigene Zeitung (Pravda) erscheinen lassen. Möglicherweise werde bald eine rechte Gruppe der Sozialdemokraten (Haberman, Modráček, Pik u. a.) von der Partei absplittern und sich mit der stark nationalistisch orientierten ‚tschechisch-sozialistischen‘ Partei (Klofáč) vereinigen. Auch bei anderen Parteien seien — mit Ausnahme der vorwiegend in Mähren blühenden klerikalen Partei, die viele Gegner des Anschlusses der Slowakei an Böhmen zu ihren Anhängern zähle — Spaltungs- und Verschiebungsvorgänge zu bemerken, so bei der konservativen Agrarpartei, bei der es wegen der Bodenreformfragen zu Spaltungen gekommen sei, und ebenso seien in letzter Zeit bei den sog. staatsrechtlichen Demokraten (Kramář) separatistische Strömungen aufgetreten, die sich vor allem gegen die „Maßlosigkeit des Kramářschen Imperialismus, gegen dessen Kapitalismus und die brutale Unterdrückung der Deutschen wendet“. So habe sich eine Mittelstandsgruppe abgesondert (Republikanischer Mittelstandsklub) und weiter sei der „hauptsächlich aus Intellektuellen bestehende, fortschrittlich und gemäßigt national gesinnte Kreis um den Präsidenten Masaryk im Begriff, sich von der Partei zu trennen und die ehemalige ‚realistische Partei‘ wieder aufzurichten“.

Zu dem Gefahrenpunkt ‚Bolschewisierung‘ lieferte B. schließlich noch am 2. April zusammen mit Presse-Ausschnitten zu anderen Themen einen Bericht aus „Der neue Tag“ vom 1. April mit der Überschrift ‚Eine stürmische Arbeiterversammlung in Prag (die Arbeiter fordern die Räteregierung)‘, worin es einleitend u. a. hieß:

„Prag, 31. März. — Zum ersten Mal ist heute in einer großen, von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlung, an der viele Tausende teilnahmen, zur Bildung von Arbeiterräten aufgefordert worden. Es sprachen alle Führer der Sozialdemokratie . . . alle Reden gingen darauf hinaus, gegen die Bourgeoisie und die Politik der jetzigen Machthaber den schärfsten Kampf aufzunehmen. Die Versammlung — so wurde betont — sei der erste Anstoß, um den Kampf um die Diktatur des Weltproletariats aufzunehmen. Kein tschechischer Arbeiter wird gegen den magyrischen Bruder kämpfen . . .;“ des weiteren war in dem Zeitungsbericht u. a. die Rede von Störungsversuchen durch ‚russische Legionäre‘, die Muna verhaften wollten und dabei von tschechischen Legionären unterstützt worden seien, die Arbeiter hätten sich aber erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt. „Die Versammlungen werden allwöchentlich wiederholt und die Arbeiterschaft wird mit Hilfe von Flugzetteln über den Fortgang der Weltrevolution unterrichtet werden.“

Beobachtet man den Fortgang der Dinge — auch wie er in den folgenden Bendorf-Berichten erscheint —, so darf angenommen werden, daß in solchen deutschsprachigen Presstexten die Lage etwas zu einseitig dargestellt wurde. Gewiß war es Tatsache, daß starke Strömungen im Sinne einer Nacheiferung des revolutionären Rußland umgingen und die kommunistische Agitation für den Kurs der Sozialdemokratie immer wieder bedrohliche Situationen mit sich brachte. Das Sich-weit-nach-links-Öffnen dieser mächtigen Partei hat es andererseits aber auch zuwege gebracht, daß viele von der kommunistischen Bewegung aufgerührte Forderungen rechtzeitig aufgefangen und allmählich in mehr sozialdemokratisch redigierte Formulierungen und Interpretationen umgegossen werden konnten. Wie in Deutschösterreich so hat auch in der Tschechoslowakei der hier wie dort klare ‚Linkskurs‘ der Sozialdemokraten wesentlich dazu beigetragen, daß die im Frühjahr 1919 von dem kommunistischen Ungarn ausgehenden Umsturzgefahren abgeschwächt wurden und das hier wie dort neu gegründete republikanische Staatswesen seinen auf demokratisch-rechtsstaatliche Umgangsformen gegründeten Charakter in der krisenreichen Zeit des ersten Nachkriegsjahres bewahren konnte.

Über das kommunistische Regime in Ungarn und seine Ausstrahlungen in die Nachbarländer hinein äußerte sich B. ausführlich in einem Bericht vom 3. April. Nachdem er da lange bei Deutschösterreich und den dort gefahrdrohend hervortretenden „kommunistischen Umtrieben“ verweilt hatte, schloß er seine Umschau kurz ab:

„Falsch ober übertrieben sind nach Berichten von Personen, die aus Böhmen und Polen kommen, auch die Gerüchte, die sich mit der Steigerung der Bolschewikengefahr in diesen Ländern befassen. Nur in der Slowakei soll die bolschewistische Strömung unter dem Eindruck der Budapester Ereignisse allerdings beträchtlich gewachsen sein.“

Beruhigend klang ja auch das, was B. zu den Zuständen in den Bergbau-Gebieten, zumal um Kladno, am 6. Mai bemerkte, wo zwar Arbeiterräte gewählt würden, aber die Gefahr, daß diese einseitig kommunistisch würden, kaum bestehe (vgl. oben S. 52 f.).

Was die Hauptanliegen im Bereich des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Staatsaufbaus betrifft, so war bereits im Februar/März das Finanzwesen in eine neue, dem jungen Staatswesen gemäße Form gebracht worden, worüber — wie B. am 28. Februar berichtete — die deutschösterreichischen Zeitungen einschließlich der „Arbeiterzeitung“, die die „rücksichtslosen Vermögenseingriffe“ des tschechischen Finanzministers (Rašín) als vorbildlich auch für Österreich empfahl, voll Bewunderung schrieben. Dann war Anfang April in der so heiß umkämpften Bodenreformfrage ein die Wünsche der bürgerlich-agrarischen Gruppen weitgehend berücksichtigendes Rahmengesetz zustande gekommen, das — um nur einen Hauptgesichtspunkt daraus zu erwähnen — die Enteignungsfrage so regelte, daß mehr als 150 ha umfassender, als Ackerboden nutzbarer und mehr als 250 ha sonstiger Grundbesitz enteignet und zur Schaffung mittlerer und kleiner Besitzgrößen verwendet werden sollte. Was nun, um Mitte Mai, noch immer offen lag und auch weiterhin umstritten blieb, das waren vor allem die Fragen um die Sozialisierungsbzw. Nationalisierungsmaßnahmen im industriellen und sonstigen wirtschaftlichen Bereich. B. berichtete darüber am 17. Mai:

„In einer Versammlung der großen tschechoslowakischen industriellen Organisationen, die am 11. Mai in Prag stattfand und der auch der französische Gesandte beiwohnte, äußerte Handelsminister Stransky über die Sozialisierung und die Stellung der Regierung zur deutschböhmisches Industrie:

Die Sozialisierung könne mit Rücksicht auf die Zukunft des Exports nur sehr vorsichtig durchgeführt werden. Die Sozialisierungsbestrebungen dürften die Leistungsfähigkeit der Industrie nicht beeinträchtigen. In der Abwehr der extremen Forderungen sei die Industrie jedoch zunächst auf die eigene Kraft angewiesen. *Hilfe von der Regierung könne sie solange nicht erwarten, als nicht die inneren Verhältnisse die Bildung einer Regierung ermöglichten*, die homogen genug zusammen gesetzt sei, um in entscheidenden Fragen zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen.

Hinsichtlich der deutschen Industrie, die in der Versammlung auch vertreten war, erklärte der Minister, der Staat habe zwar die Pflicht, auch die Deutschen, sobald sie Bürger der tschechoslowakischen Republik geworden sein würden, in ihrer industriellen Entwicklung zu fördern, doch müsse die tschechische Industrie solange bevorzugt werden, bis die Überlegenheit der deutschen Industrie, die sie infolge der früheren Begünstigungen durch die alte österreichische Regierung erlangt habe, ausgeglichen sei. . .“.

Was zunächst das Problem ‚Sozialisierung‘ betrifft, so erscheint nach diesem Bericht die Haltung der Regierung beiden Sozialpartnern gegenüber als konsequent ausweichend: die Industriellen wurden sich selbst überlassen, den Erwartungen auf Arbeitnehmerseite wurde aber auch nicht entsprochen. Die sozialdemokratische Resonanz zeigte sich demgemäß:

„Von sozialdemokratischer Seite erfahren die Ausführungen des Handelsministers über die Sozialisierung lebhaften Widerspruch; bei einzelnen Unternehmungen, wie z. B. den Metallwarenfabriken in Königsfeld bei Brünn haben Proteststreiks stattgefunden . . .“ Das fügte B. am 17. Mai seinen Ausführungen bei.

Auf die unentwirrbare Situation in diesem komplexen Bereich kam er wieder am 11. Juni zu sprechen:

„Am 24. Mai haben in Prag unter Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten Stanek Besprechungen zwischen den Vertretern der Bergwerksbesitzer, der Arbeiterorganisationen und der Regierung über die Enteignung der Bergwerke stattgefunden. Die Vertreter der Arbeiterschaft sprachen sich gegen die Verstaatlichung aus und verlangten die Enteignung der Bergwerksunternehmungen ohne Entschädigung und ihre Sozialisierung. Die Vertreter der Unternehmer traten, unter Hinweis auf die Eigenart der Bergwerksbetriebe und die der gesamten Industrie aus einer überstürzten Sozialisierung drohenden Gefahren, für Aufrechterhaltung der bisherigen Art des Eigentums und des Betriebes ein. — Eine Einigung kam zunächst nicht zustande, es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, das aus je 6 Vertretern des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Unternehmer, der Beamten und der Arbeiter bestehen und Vorschläge für die weiteren Verhandlungen ausarbeiten soll.“

Weitere Einzelheiten zum Fortgang der ‚Sozialisierungs-Diskussion‘ sind aber aus den B.-Berichten nicht mehr zu erfahren. Beim Regierungswechsel Anfang Juli, als der Sozialdemokrat Tusar den Nationaldemokraten Kramář in der Ministerpräsidentenschaft ablöste, schien sich im Hin und Her dieser Dinge aber doch eine erste Klärung abzuzeichnen, indem jetzt die Nationalisierung des Kohle- und Erzbergbaues angekündigt wurde.

Der zweite Punkt in den Erklärungen des Handelsministers, die B. am 17. Mai zum Inhalt seines Berichtes machte, nämlich die Aussagen über die Rolle der deutschböhmisches Industriellen im alten und im neuen Staatswesen, berührte direkt die Diskussion, die unter den noch immer auf die letzten Entscheidungen hinsichtlich ihrer künftigen Staatszugehörigkeit wartenden Deutschen nunmehr seit rund 7 Monaten lief. B. hatte in seinen Berichten, besonders denen aus den letzten Wochen des Jahres 1918, immer wieder angedeutet, wie gespalten die Meinungen der deutschböhmisches Industriellen und gewerbetreibenden Mittelständler hinsichtlich der künftigen Staatszugehörigkeit sich zeigten⁶, und daß viele sich von einer tschechischen Staatsbürgerschaft (im Vergleich zu einer deutschösterreichischen bzw. reichsdeutschen) mancherlei wirtschaftliche Vorteile erhofften. Hier erhielten sie nun, noch vor Abschluß der Pariser Verhandlungen, von tschechischer Seite einige recht deutliche, doch wohl eher ernüchternde Bemerkungen dazu.

Wie die Stimmungslage in dem Verhältnis tschechische und deutsche Wirtschaft im neuen Staat in diesen Monaten der offenen Staats- und Nationalitätsfragen aussah, das hatte B. bereits in einem Bericht vom 21. Februar genauer geschildert:

⁶ Vgl. meinen Beitrag: Böhmen und die deutschböhmisches Frage in der ersten Phase der Herausbildung des tschechischen Nationalstaates im Jahre 1918. Nach Berichten der Sächsischen Gesandtschaft in Wien. BohJb 17 (1976) 193—208.

„Der wirtschaftliche Klub für Prag hat kürzlich in einem Aufruf zum Boykott alles Deutschen in der tschechoslowakischen Republik aufgefordert. Am Schlusse des Aufrufs heißt es: Wir ersuchen unsere Regierung, unser tschecho-slowakisches Volk vor Hinterlist zu bewahren und keinen Unternehmungen und Institutionen Konzessionen zu erteilen, von denen angenommen werden könnte, daß sie unter tschechischer Firma das tschecho-slowakisches Volk betrügen und das deutsche oder deutschjüdische Österreichertum unterstützen könnten. Wir verlangen, die Regierung solle in erster Linie der Rechte und Ansprüche des tschecho-slowakischen Volkes eingedenk sein und nur in den dringendsten Fällen Beamte deutscher oder anderer Nationalität zu Hilfe nehmen. Bei der Beurteilung der Forderungen der Deutschen denke man daran, daß ihnen nicht im geringsten auf Kosten unserer Sache entsprochen werden darf. Die Regierung nehme vor allem Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Angehörigen der tschecho-slowakischen Republik. Der Wirtschaftsklub Prags und der Vororte wird darüber wachen, daß die hier ausgesprochenen Grundsätze allen Angehörigen der tschecho-slowakischen Nation in Fleisch und Blut übergehen und von allen berufenen Faktoren respektiert und eingehalten werden.“

Läßt man diese ängstlichen Mahnungen als Zeichen dafür gelten, daß von den alten österreichisch-ungarischen Zeiten her die Macht des in Böhmen ansässigen deutschstämmigen Wirtschaftsbürgertums erdrückend stark geblieben war, so machen auch noch andere Benndorfsche Mitteilungen diese Tatsachen deutlich, so z. B. solche vom 12. Februar betreffend ‚Wirtschaftliches aus Deutschböhmen‘:

„Die deutschböhmisches Textilindustriellen beabsichtigen, sich zu einem Verbands zusammenzuschließen, der seinen Sitz in Reichenberg haben soll . . . die Vorarbeiten sind bereits soweit gediehen, daß in wenigen Wochen die Gründungsversammlung wird stattfinden können. Mehr als 500 Firmen haben ihren Beitritt angemeldet . . .“⁷

Die Anstrengungen der Tschechen demgegenüber, auf eigenen wirtschaftsorganisatorischen Wegen aus ihren durch die früheren Staatsverhältnisse bedingten Rückständigkeiten herauszukommen, werden aber ebenso immer wieder sichtbar; im gleichen Bericht (12. Februar) hieß es z. B., daß unter Führung der Unionsbank die ‚Union-Aktiengesellschaft für Textilien und Druckstoffe in Prag‘ gegründet worden sei, das Aktienkapital von 2 Mill. K. solle nach und nach auf 22 Mill. erhöht werden; trostlos sei allerdings die Lage in der Prager Handschuhindustrie.

*

Neben den vielerlei Einzelheiten, die in den B.-Berichten bald zu spezifisch deutschböhmisches, bald zu tschechisches wirtschaftlichen Vorgängen gemeldet werden, verdienen aber, da uns hier die Entwicklung der Gesamtlage des jungen Staatswesens vorrangig zu interessieren hat, die wirtschaftspolitisch weiter ausgreifenden Mitteilungen unsere besondere Aufmerksamkeit.

⁷ Weiteres zu diesen Aktivitäten brachte B. später mit dem Vermerk, daß „in Reichenberg die jährliche Abhaltung einer großen Muster- und Verkaufsmesse“ . . . sowie die Konstituierung des Vereins ‚Reichenberger Messe‘ geplant sei (Ber. 8. 7.).

Von früher Zeit an bemühten sich die tschechischen Staatslenker neben den nötigen binnenwirtschaftlichen Aufschwungsmaßnahmen um das wichtige Thema ‚Außenwirtschaft‘, d. h. vor allem darum, zu klären und Vorbereitungen zu treffen, wohin bzw. wie man die bei Kriegsende im großen Bereich der alten Donaumonarchie weithin unterbrochenen Beziehungen, nunmehr also vor allem die Kontakte der Nachfolgestaaten untereinander, würde wiederbeleben bzw. unter den nun eingetretenen Abgrenzungsverhältnissen durch neu zu knüpfende Fäden würde ersetzen können. Es gingen da großzügige Gedanken und Pläne um, die harte Wirklichkeit der vorerst noch höchst instabilen Staatsgrenz- und Volkstumsverhältnisse, der vielen nach außen sich einstellenden Konfliktsituationen und Reibungspunkte erschwerten dabei aber in recht empfindlicher Weise das Vorwärtstommen.

Dieser Lage gemäß ergaben sich einigermaßen erfolgversprechende Wege vorerst nur in zwei Richtungen. Die eine ging aus dem Gedanken der Schaffung eines zwischenstaatlichen Interessenverbandes hervor, einer Organisation, deren Aufgabe es sein sollte, den weiträumigen Wirtschaftsaustausch, die Land- und Flußverkehrslinien, zumal die Donau-Schifffahrt, wieder flott zu machen — der Sammelbegriff hieß ‚Donauföderation‘; die andere Möglichkeit wies nach Jugoslawien, zwar auch im Rahmen eben dieser Donauföderation, aber darüber hinaus noch als besonders enges Paktsystem zwischen den beiden in ihrer ganzen Interessenlage und den ganzen Ausgangsbedingungen sich sehr nahe stehenden slawisch-nationalen Staatsgründungen.

Beide Zielpunkte innerhalb dieser ‚Außenpolitik im Nahbereich‘ hatten zur Voraussetzung, daß der neue tschechische Staat soweit wie möglich sich nach Süden ausdehnen und möglichst über eine längere Strecke hin die Donau direkt berühren würde. Auch von da aus muß man sich die Hartnäckigkeit erklären, mit der die Tschechen an ihren Grenzziele im Süden/Südosten festhielten und sich weder durch die dem entgegenstehende Haltung Ungarns noch durch die überwiegend passive Resistenz großer Teile der Slowaken beirren ließen. Vor allem Preßburg (Bratislava) wurde als direkt unentbehrlich für den ganzen Staatsaufbau und der dortige Donauhafen als wichtigstes Bindeglied für den Anschluß an den übernationalen Donauwirtschaftsraum begriffen.

Zu all diesen Zielsetzungen bzw. Verhaltensweisen der tschechischen Politiker klingt in den Benndorf-Berichten immer wieder etwas an, daneben übrigens auch zu Versuchen, mit Italien, Rußland, England, Skandinavien usw. zu gewissen handelspolitischen Vereinbarungen zu gelangen⁸; hier können indessen nur einige von B. besonders markant erörterte Aspekte innerhalb des Komplexes ‚Organisation von Außenhandelsbeziehungen‘ beleuchtet werden.

Am 12. Februar hört man, daß für die künftige Gestaltung der Donau-Schifffahrt ein Regierungskomitee eingesetzt wurde, der tschechische Staat brauche die Ver-

⁸ Im Ber. vom 4. April heißt es zu ‚Rußland‘ bzw. ‚Ukraine‘, daß mit Vertretern aus Kiew und Odessa bereits in Prag verhandelt würde und weiter: „In Rußland kommt der Anknüpfung von Handelsbeziehungen die Tätigkeit der tschecho-slowakischen Legionäre zugute, die in den sibirischen Zentren eine Handelsgesellschaft gegründet haben.“ — Am 14. April meldete B., die Tschechen hätten in Stockholm eine Außenhandelsstelle errichtet.

bindung zur Donau, „um im Verkehr mit Rumänien und dem Balkan die volle Unabhängigkeit zu erreichen. Daher erklärt sich sein Interesse an der Internationalisierung der Donau sowie der Vorstoß nach Preßburg . . .“ Es sei in nächster Zeit auch nähere Fühlungnahme mit der deutschösterreichischen Regierung zu erwarten, um eine Kooperation in Fragen der Wiederbelebung der i. J. 1910 vom alten Österreich übernommenen ‚Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft‘ herbeizuführen.

Bereits am 6. Februar hatte B. einen besonders ausführlichen Bericht (13 Seiten) über ‚Südslawische Fragen‘ abgefaßt und dabei die ganze Fülle der inneren Problematik, aber auch die außenpolitischen Orientierungsmöglichkeiten des neuen Jugoslawien aufgezeigt und seine Ansichten dazu eingeflochten. Dabei wurde auch Wesentliches zum tschechisch-jugoslawischen Verhältnis erörtert:

Noch sei nicht zu übersehen, heißt es da, in welchem Verhältnis der neue Staat im Süden zur tschechischen Republik stehen werde, „die Tschechen jedenfalls wünschen in möglichst innige Beziehungen zum südslawischen Staat zu treten, die ihnen bequemen Absatz ihrer Industrieprodukte . . . sichern und insbesondere die Möglichkeit irgendwelcher Hemmungen ihres Zutritts zur Adria tunlichst ausschließen sollen . . .“. Gelänge den Tschechen diese Sicherung der Handelswege nach Süden nicht, wären sie allzu stark auf den guten Willen des Deutschen Reichs angewiesen, ihnen die geographisch von vornherein günstigeren Verbindungen über die Elbe zum Hamburger Hafen und über die Oder nach Stettin zu gestatten. Diese Abhängigkeit von Deutschland behage ihnen aber nicht und so würden sie jetzt „mit dem ungeheuerlichen Verlangen nach Besitz eines 100 km breiten Korridors von Preßburg bis zur jugoslawischen Grenze am Mur (200 km)“ auftreten. „. . . mit dem ‚Korridor‘ würde das gesamte Gebiet der deutsch-ungarischen Heanzen⁹ den Tschechen ausgeliefert, — Österreich und Ungarn wären von jeder unmittelbaren Verbindung untereinander abgeschnitten, — und nebenher wäre eine neue slawische Zone entstanden, die als Sperre gegen den deutschen Verkehr mit dem Orient benutzt werden könnte . . .“

Indessen könne man beobachten, daß den tschechischen Interessen kein gleichstarkes Interesse auf jugoslawischer Seite gegenüberstünde, die südslawischen Agrarprodukte könnten ja in Böhmen und der Slowakei kaum Absatz finden, wohl aber, wie früher, in Deutschösterreich, der Schweiz, Italien und Deutschland; so richte sich mit Ausnahme gewisser slowenischer Bestrebungen, mit den Tschechen engere Kontakte aufzunehmen, das Außenhandelsinteresse der neuen jugoslawischen Politiker gerade am wenigsten auf solche Projekte wie einen tschechisch-jugoslawischen Korridor; in Kroatien habe man sich sogar letzthin „im Gegenteil sehr erregt gegen die Tschechen und ihren ‚imperialistischen Expansionstrieb‘ ausgesprochen. . .“.

Auf direktem Wege schienen die tschechischen ‚Korridorpläne‘ sich jedenfalls nicht ohne weiteres realisieren zu lassen. Sie seien nunmehr, so B. am 18. Februar, der Entscheidung der Friedenskonferenz unterbreitet worden und man wolle, falls

⁹ Eigentlich: Hienzen, der Sprache nach altbayerischer Herkunft, seit dem Frühmittelalter im oststeiermärkisch/westungarischen Grenzgebiet angesiedelt, ein etwa 300 000 bis 400 000 Angehörige zählender Stamm.

sie auch dort Ablehnung erführen, sich mit der Gewährung von Garantien für einen direkten Handelsweg über Jugoslawien nach Triest begnügen. In diesem Zusammenhang habe die tschechische Delegation in Paris aber die „Internationalisierung der Donau und Elbe sowie die Schaffung neuer Bahnlinien Preßburg—Triest und Fiume—Preßburg—Prag—Straßburg verlangt“. Eine Äußerung des Sektionschefs im Prager Handelsministerium Dr. Matys vor Vertretern der Exportindustrie lasse erkennen, daß Deutschland als Durchfuhrland — schon mit Rücksicht auf den starken Bedarf an Kies aus Schweden für die tschechische Eisenindustrie — unentbehrlich sei.

Die tschechischen Forderungen hinsichtlich der Schaffung eines ungehinderten Durchgangs nach Jugoslawien, der Internationalisierung der großen Ströme und bestimmter international bedeutsamer Eisenbahnlinien, insbesondere derjenigen, die Prag mit Frankreich und mit Jugoslawien verbinden, wurden nach Bericht vom 10. April zusammenfassend in der tschechischen Nationalversammlung behandelt und formuliert in eine besonders wichtige an Präsident Masaryk zu richtende ‚Adresse‘ aufgenommen. Was die ‚Donaufrage‘ im besonderen angeht, so hatte B. schon am 4. März gemeldet, daß ein Einvernehmen zwischen dem „englischen Flottenkommando in Belgrad und den tschechischen sowie südslawischen Regierungsvertretern“ nunmehr zustande gekommen sei. Demnach erhielt der tschechische Staat einen Sitz bei der Belgrader Generaldirektion sowie „eine monopolisierte Stellung in den Gewässern von Preßburg bis zur ehemaligen ungarischen Grenze und das Recht der Schifffahrt in dem serbischen, französischen und rumänischen Verwaltungsgebiet bis zum Schwarzen Meer“. Dieses provisorische Übereinkommen würde bis zum Friedensschluß zu gelten haben.

Wie stark sich die Tschechen auch nach den voranstehend beschriebenen Richtungen handelspolitisch orientierten, so traten mit fortschreitender Zeit doch auch noch andere Überlegungen hinzu. So ist im Bericht vom 12. Mai, mit welchem B. zunächst eine ausführliche Übersicht zu der personellen Zusammensetzung der von Staatskanzler Dr. Renner geführten, jetzt nach St. Germain abreisenden deutsch-österreichischen Delegation gab, nach der Bemerkung, daß Aussig „als Kriegsbinnenhafen der tschecho-slowakischen Republik ausgebaut werden“ solle, zu lesen, daß der Staatssekretär des tschechischen Handelsministeriums Dr. Schuster für den engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß möglichst aller Nachfolgestaaten — im Sinne einer Zollgemeinschaft — eingetreten sei; insbesondere sei Deutschösterreich als Absatzgebiet für die Tschechoslowakei in vieler Hinsicht weit wichtiger als das übrige Ausland. Besorgnis werde allerdings — so berichtete B. weiter — von anderer tschechischer Seite geäußert zur Frage der Bezahlung der Kriegsschulden durch die Nachfolgestaaten der alten Monarchie, worauf die Entente vermutlich bestehe. Hinsichtlich der Vorkriegsschuld sei von daher bereits angeordnet worden, daß die tschechoslowakische Republik entsprechend ihrer Bevölkerungszahl die Quote von 25 % zu übernehmen habe.

*

Wenden wir uns nun wieder dem Fragenkreis zu, der sich um die vielseitigen und z. T. heftigen Auseinandersetzungen um die in den Staat zu integrierenden natio-

nalen Elemente sowie die Festlegung der territorialen Staatsgrenzen dreht, so war bereits zu beobachten, daß zur Jahresmitte hin das deutschböhmische Problem keine weiteren Spannungssteigerungen zeigte, hingegen die Komplikationen um die Slowakei eher noch zu wachsen schienen. Von dem Chaos, das sich hier, in diesen früher vorwiegend ungarisch verwalteten, nun von den Tschechen ‚provisorisch‘ besetzten Landschaften¹⁰ entwickelte, hören wir bei B. zuerst einiges Nähere im Bericht vom 26. Februar:

„In Nordungarn demonstriert die Bevölkerung gegen das gewalttätige Vorgehen der tschechischen Besatzungstruppen und Verwaltungsorgane. In Preßburg, dessen Bevölkerung zum überwiegenden Teil deutsch (42 %) und ungarisch (40 %) und nur zu einem kleinen Teil (15 %) slowakisch ist, kam es am 12. Februar zu blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit tschechischen Soldaten; dabei wurde auch der italienische Kommandant eines Regiments tschechischer Legionäre und Befehlshaber von Preßburg . . ., der vermittelnd eingreifen wollte, durch den Kolbenschlag eines tschechischen Soldaten verletzt. — Die Bevölkerung hat in einer an die Entente gerichteten Denkschrift gebeten, ihr die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes durch eine Volksabstimmung zu ermöglichen . . .“ Die Klagen der „nordungarischen Bevölkerung“ seien vom italienischen General Piccioni, Kommandant von Kaschau, anerkannt worden, zunächst habe er Ersetzung der tschechischen Truppen durch italienische versprochen. „Das Teschener Gebiet wird auf Verlangen der Entente von den tschechischen Truppen bereits geräumt.“

Was diesen letztgenannten Hinweis angeht, so ging es dabei aber nicht um ein Gebiet der früher nordungarischen Slowakei, sondern um das frühere, zur neuen polnischen Grenze hin liegende österreichische Schlesien, das die Polen zusammen mit den von ihnen besetzten deutsch-oberschlesischen Kohle- und Industriegebieten ihrem soeben entstandenen neuen Staatsterritorium anzuschließen gedachten. Auf dieses sog. Teschener Land glaubten aber die Tschechen ebensolche Ansprüche erheben zu können. Nun mußten sie, die dort Anfang des Jahres bereits gegen Oderberg und Karwin vorgedrungen waren — B. berichtete davon am 25. Januar —, sich von da also wieder zurückziehen und den Entscheidungsspruch der in Paris verhandelnden Großmächte abwarten. Da dieser aber zu lange auf sich warten ließ, traten die streitenden Parteien dann doch in direkte Verhandlungen; man hört davon bei B. am 31. Mai:

„Der Besuch des Ministerpräsidenten Paderewski in Prag am 25. Mai galt der Teschener Frage, deren Regelung die Friedenskonferenz abgelehnt und dem unmittelbaren Einvernehmen zwischen Tschechoslowakien und Polen überlassen hat. Die Besprechungen Paderewskis mit Masaryk haben vorläufig nur das Ergebnis gehabt, daß eine aus 9 Tschechen und 9 Polen bestehende Kommission zur Führung weiterer Verhandlungen eingesetzt wird . . .“¹¹

¹⁰ Von B. hier kurz als ‚Nordungarn‘ bezeichnet, sonst auch ‚Oberungarn‘ genannt.

¹¹ Auch in der Folgezeit stellte sich zur ‚Teschener Frage‘ keine beiderseits befriedigende Lösung ein; die Konfliktfrage dauerte fort (vgl. auch u. Ber. 27. September); erst i. J. 1920 kam durch französisch-englische Einwirkung jener Teilungskompromiß zustande, der das tschechisch-polnische Verhältnis fortan belastete.

Indessen — viel stürmischer als der Streit mit den Polen entwickelte sich die Konfliktsituation in der (und um die) Slowakei. Noch ehe Ende März sich das kommunistische Regime in Budapest etablierte, wurde vom ungarischen Ministerrat ein ‚Volksgesetz über die Autonomie der Slowakei‘ angenommen; demnach sollte in ‚Oberungarn‘ ein autonomes Rechtsgebiet auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes geschaffen werden mit dem Namen ‚Slovenska Krajina‘, dessen genaue Grenzen nach der internationalen Friedenskonferenz festzulegen sein würden.

Dies hatte B. am 14. März gemeldet, dann griff er am 21. März unter der Überschrift ‚Ungarn‘ neben anderen ungarischen Angelegenheiten den Gegenstand wieder auf:

„Wie ich von verschiedenen Seiten höre, ist die slowakische Bewegung gegen die tschechische Hegemonie stark im Wachsen begriffen. — Eine Abordnung des slowakischen Volksrats von Oberungarn hat vom Ministerpräsidenten die rasche Durchführung des Volksgesetzes über die ‚Slovenska Krajina‘ gefordert und erklärt, bei einer Volksabstimmung würden mindestens 80 % der Slowaken für Ungarn stimmen; sollte die Friedenskonferenz gegen die Slowaken entscheiden, so würden sie die Tschechen mit Gewalt aus Ungarn verjagen . . .“

In den folgenden Wochen komplizierte sich die ganze Lage aber noch besonders dadurch, daß die Ententemächte sich zunehmend gegen die ungarische (kommunistische) Regierung stellten und den ihnen verbündeten Mächten unter den Nachfolgestaaten, so besonders den Tschechen, den Rumänen und den Jugoslawen, den Auftrag erteilten, gegen Ungarn militärisch einzuschreiten. Vom Verlauf dieser nur zögernd in Gang kommenden Marschbewegungen hört man bei B. zuerst am 9. Mai:

„Der im Auftrage der Entente unternommene Vormarsch rumänischer Truppen in Ostungarn . . . und tschechischer Truppen in Nordungarn (Kohlengebiet Salgotarjan bis Munkacz, wo Tschechen und Rumänen Fühlung genommen haben) geht nur ganz schleppend vorwärts . . . Oberst Cuningham, der Führer der hiesigen englischen Mission, fährt dieser Tage nach Paris, um, wie er privatim geäußert hat, auf Beschleunigung der militärischen Besetzung Ungarns hinzuwirken . . .“

Doch schien kein Mittel vorhanden zu sein, dem dreiseitigen Interventionsunternehmen den nötigen Schwung beizubringen. B. äußerte sich dazu am 17. Mai:

„. . . das Stocken des Vormarschs dieser Truppen . . . beruht im wesentlichen darauf, daß sich ein großer Teil der jugoslawischen Truppen geweigert hat, für fremdes Interesse weiter zu kämpfen, daß die tschechischen Truppen, in letzter Linie vielleicht aus demselben Grund, vor den kommunistischen Truppen davongelaufen sind, und daß die rumänische Armee im Rücken von beträchtlichen Kräften russischer Bolschewikentruppen belästigt wird . . .“

Und am 7. Juni hieß es schließlich:

„. . . In der Slowakei sind die tschechischen Truppen vor der nach allen Mitteilungen ausgezeichnet disziplinierten und angeblich von den Italienern vorzüglich ausgerüsteten ‚Roten Armee‘ . . . ‚wie Schafleder ausgerissen‘, und in Tschechien ist man dabei, die gesamte Armee gegen die Kommunistentruppen zu dirigieren . . .“

Das ganze Verwirrspiel um das kommunistisch regierte Ungarn, in das die Tschechen mit ihrem krampfhaft anmutenden Festhalten am Besitz der Slowakei nun besonders intensiv verstrickt waren, erfuhr seine letzte Steigerung tatsächlich dadurch, daß die Italiener, schwer enttäuscht von der Nichtbeachtung ihrer Forderungen im adriatischen Bereich (kein mächtiges Jugoslawien! usw.) durch Frankreich-England¹², auf seiten Ungarns in die Auseinandersetzungen eingriffen und sich bemühten, nicht nur jugoslawische, sondern auch die diese mitbedingenden tschechischen Erfolge in Ungarn zu verhindern. Wie verdreht diese Dinge inzwischen aussahen, davon gab B. im Bericht vom 14. Juni eine nähere Schilderung:

„Die Ereignisse in der Slowakei und die Stellungnahme der Ententemächte zur ungarischen Räteregierung offenbaren nun mit aller Deutlichkeit die gewaltigen Interessengegensätze zwischen den feindlichen Mächten und zeigen die Entente in ihrer ganzen Brüchigkeit.

Nach den vorliegenden Meldungen kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die ungarische Räteregierung und ihre Rote Armee von Italien unterstützt werden. Italien steht in enger Verbindung mit Bela Kun, eine italienische Kommission nach der anderen geht nach Budapest; und offenbar sind große Mengen von Waffen, Munition und Ausrüstungsstücken von Italien nach Budapest und an die Rote Armee geliefert worden.

Ohne die Hilfeleistung Italiens wäre der ungarische Vormarsch in die Slowakei, bei dem fünf (?) tschechische Divisionen völlig geschlagen worden sind, wahrscheinlich gar nicht zu ermöglichen gewesen. Aus den bewaffneten Banden Bela Kuns ist eine starke Armee entstanden. Eine Bolschewikenarmee, für deren hinreichende Bewaffnung zum Kampfe gegen den Ententestaat Tschechien der Ententestaat Italien gesorgt hat . . . Der erfolgreiche Vormarsch in der Slowakei ist übrigens ja auch durch die nun schon seit vielen Wochen anhaltende Ruhe an der rumänischen Front in Ostungarn bedingt gewesen. Daß die Italiener auch hierbei, d. h. bei der Einstellung der Kämpfe an der ungarischen Ostfront ihre Hand im Spiel gehabt haben, ist wohl anzunehmen . . .

Wie die Bekämpfung der gegen den Anschluß Deutschösterreichs ans Reich gerichteten französischen Pläne und wie geflissentliche Stärkung der Stellung Deutschösterreichs in Steiermark und Kärnten, so dient auch die Unterstützung Ungarns im Kampfe gegen die Tschechen dem Hauptzweck der jetzigen italienischen Politik: der Einkreisung des jugoslawischen Erzfeindes und seiner Schwächung auch mittelbar durch Schwächung des andern neuen und nach Verbindung mit Jugoslawien strebenden Slavenstaates Tschechien.“

¹² Von den schweren Differenzen der ehemaligen Kriegsverbündeten bei den Pariser Verhandlungen berichtete B. am 23. Mai auf Grund von Aussagen des von dort nach Wien zurückgekehrten Obersten Cuningham; u. a. hieß es da, volle Übereinstimmung zwischen den Großmächten bestehe in keinem Punkt, einig seien sich Frankreich, England und Amerika nur in der Gegnerschaft gegen „das isoliert dastehende Italien“; die Delegierten seien von den Streitigkeiten „völlig zermürbt“, die Amerikaner insbesondere seien der „vielen komplizierten Fragen höchst überdrüssig“, die englischen Delegierten sprächen vom ‚Bankrott Europas‘; die Nervosität wurde allgemein noch dadurch gesteigert, daß man sich „vor den unabsehbaren Folgen einer etwaigen Ablehnung der Bedingungen durch die Deutschen fürchte . . .“.

Im Juni 1919 standen bekanntlich die Verhandlungen bezüglich der das Deutsche Reich betreffenden Fragen in Versailles vor dem Abschluß. In Wien und den anderen Hauptstädten der Nachfolgestaaten rätselte man zunehmend über das, was sich wohl ergeben würde, falls Deutschland die Bedingungen ablehnte. Am 17. Juni äußerte sich B. zu diesen Dingen dahingehend, daß es den Anschein habe, als würden die ehemaligen Feindmächte Deutschlands dann den Krieg wieder eröffnen. Hierzu habe der deutsche Botschafter in Wien (Graf Wedel) aber die Meinung geäußert, es sei sehr fraglich, ob es den feindlichen Mächten gelingen werde, hinreichend starke Truppenmassen für längere Zeit im Inneren Deutschlands zu halten und ihre Absicht, Nord- von Süddeutschland zwecks eines Sonderfriedensschlusses mit den Süddeutschen zu trennen, durchzuführen. Bei den amerikanischen, französischen und englischen Truppen herrsche Kriegsmüdigkeit usw. — Hieran schloß nun B. seine Betrachtungen zur Lage im östlichen Mitteleuropa an:

Die polnische Armee würde allen Anzeichen nach im Falle des Fortgangs des europäischen Krieges die ihr zuge dachte Aufgabe kaum erfüllen können und um die Tschechen stehe es nicht besser, diese seien „schon jetzt in großer Verlegenheit angesichts der bisher ganz erfolglosen Versuche, die Rote Armee aus der Slowakei zurückzudrängen und angesichts der nach zahlreichen Mitteilungen sehr ernst zu nehmenden slowakischen Bestrebungen zur Errichtung eines selbständigen Slowakischen Staates“, bei denen sowohl eine radikale slowakische Gruppe für die „Schaffung einer selbständigen slowakischen Räterepublik“ eintrete als auch von bürgerlicher und gemäßigt sozialistischer Seite mit einem starken Anhang ein autonomes Staatswesen verlangt werde, das — wie ein Teil dieses Anhangs es sich vorstelle — an Ungarn anzugliedern wäre; auch würde noch immer eine „rege Tätigkeit der tschechischen Bolschewiken, insbesondere Munas“, den Staat von innen bedrohen. Aus all diesen Gesichtspunkten dürfte sich die Lage der Tschechen „ja allerdings erst recht heikel gestalten, wenn sie mit ihren geringen Kräften gegen Schlesien vorrücken und das bayerische Grenzgebiet besetzen sollten und gar noch vor die Aufgaben gestellt würden, die ihnen aus der Verwirklichung der (übrigens in Prag anscheinend wohlbekannt) Absichten der Deutschen Nordböhmens erwachsen würden“.

Bekanntlich zerstreuten sich die Besorgnisse um die Folgen des etwa von Deutschland zurückgewiesenen Friedensvertrags mit der Unterzeichnung des Vertragswerkes seitens der Berliner Regierung dann doch in kurzer Zeit. Hingegen weiterhin völlig offen blieb alles, was für den jungen Tschechenstaat an Grenz- und Nationalitätenfragen sich von Anfang an eingestellt hatte, dabei ganz besonders die Probleme um die Zukunft der Slowakei. Dort hatte sich nach dem Zurückweichen der tschechischen Militärverbände vor dem schließlich gar noch durch Italien gestärkten Gegenangriff der ungarischen „roten Armee“ jetzt tatsächlich in den Kernregionen eine ungarisch-kommunistische Militärverwaltung etabliert. Doch stand diesem Vorgehen der Bela-Kun-Regierung die Forderung der Ententemächte — Italien schien sich dabei jetzt doch neutral zu verhalten — gegenüber, die auf Räumung der Slowakei von den ungarischen Truppen drängten. Zu dem diesbezüglichen Verhalten des ungarischen Kommunistenchefs bemerkte B. am 1. Juli im

Zusammenhang mit einer Schilderung der wirtschaftlich und politisch sehr erschwerten Lage der kommunistischen Regierung in Budapest, daß Bela Kun von dem Chef der italienischen Militärmission dort gewarnt worden sei und ein „Verbot der Anwendung übertriebener Strenge“ erhalten habe:

Den Warnungen des Italieners gegenüber „wird sich Bela Kun gewiß ähnlich zu helfen wissen, wie er sich den vorliegenden Berichten zufolge in der Frage der Räumung der Slowakei geholfen hat: nachdem sich Kun zur Genugtuung der Entente gehorsam bereit erklärt hatte, den Räumungsbefehl auszuführen, ließ er die ‚Slowakische Räterepublik‘ ausrufen, aus Personen seiner nächsten Umgebung ein slowakisches Kabinett bilden und übergab diesem die in der Slowakei stehende ungarische Rote Armee. Diese Armee heißt nunmehr ‚Slowakische Rote Armee‘. Bela Kun hat also die Slowakei geräumt. Aber die Truppen haben sich nicht aus ihren Stellungen gerührt.“

Wie auch diese ‚Räumungsmanipulationen‘ tatsächlich ausgesehen haben mögen, solange die Räteregierung in Budapest im Amt blieb — bekanntlich dauerte dies bis Anfang August —, segelten auch die Zustände in der Slowakei anscheinend doch in dem Fahrwasser weiter, in das sie mit der zeitweisen Besetzung durch die ungarische rote Armee hineingeraten waren, d. h. die einmal installierten ‚räterepublikanischen‘ Verhältnisse — zentraler Sitz der Regierung der ‚Slowakischen Räterepublik‘ war nach dem B.-Bericht vom 23. Juni die alte oberungarische Hauptstadt Kaschau in der östlichen Slowakei — hielten sich noch für einige Wochen. Mit dem Abschluß der Verträge von St. Germain Anfang September wurde ja dann definitiv der Zusammenschluß der Slowakei mit dem tschechischen Staat festgelegt, was indessen an der antitschechischen Bewegung dort nichts änderte (vgl. u. a. unten Bericht vom 27. September).

Während sich somit die Fragen um die Slowakei für die tschechischen Pläne trotz St. Germain wenig hoffnungsvoll entwickelten, ging es im jungen Tschechenstaat im übrigen doch in mancher Hinsicht rüstig voran. Auf außenpolitischem Feld war inzwischen ein ganzes, finanziell wohl ausgestattetes System von Gesandtschaften und Konsulaten in aller Welt errichtet worden — Einzelheiten brachte B. dazu bereits am 31. Mai —, dann aber zogen vor allem die am 15. Juni abgehaltenen Gemeindewahlen die Aufmerksamkeit des Berichtenden auf sich; denn dabei wurde u. a. auch manches klarer sichtbar, was hinsichtlich der zahlenmäßigen Verteilung im Verhältnis Tschechen — Deutsche, besonders in Nordböhmen, in den letzten Monaten durch allerlei Verschleierungsmanöver der offiziellen Stellen nicht mehr recht überschaubar war. Am 23. Juni liest man bei B.:

„... in Deutschböhmen haben die Deutschen trotz der eifrigen Tschedisierungsarbeit der Regierung ihren Besitzstand im großen und ganzen bewahrt; insbesondere ist im Egerland der Vorstoß der Tschechen vollkommen fehlgeschlagen. Lediglich im nordwestböhmisches Kohlengebiet ist es den Tschechen gelungen, eine Reihe von Orten wie Bruch, Tschauisch, Mehltheuern, Kopitz-Niedergergenthal in ihren Besitz zu bringen. Dux hat noch eine knappe deutsche Mehrheit (20 Deutsche, 17 Tschechen). In Brüx sind den Deutschen 29, den Tschechen 12 Mandate zugefallen.“

Aus weiteren Aufzählungen geht hervor, daß Orte wie Reichenberg, Aussig, Bodenbach, Gablonz, Karlsbad, Komotau, Marienbad, Teplitz, Tetschen, Warnsdorf, Leitmeritz und viele andere jeweils zwischen 30 und 40 Deutsche, aber nur etwa 2 bis 5, höchstens 7, hier und dort auch keinen Tschechen in die Gemeindevertretung gewählt hatten.

Für Gesamtböhmen gab B. am 8. Juli eine zusammenfassende Übersicht. Danach stand amtlich fest, daß von der gesamten Summe der abgegebenen Stimmen 32,7% auf Deutsche und 67,3% auf Tschechen entfielen, nach Parteien aufgeschlüsselt ergab sich folgendes Bild:

bei den Deutschen:

Sozialdemokraten	50,24 %
Vereinigte Bürgerliche	19,68 %
Landwirte	9,42 %

bei den Tschechen:

Sozialdemokraten	33,04 %
Sozialisten	20,96 %
Agrarpartei	15,77 %
Nationaldemokraten	10,94 %
Katholische Volkspartei	5,89 %

(folgen weitere 9 Parteien unter 5 %)

(folgen weitere 5 Parteien unter 5 %)

Die tschechischen Staatslenker konnten sich von nun ab schon deutlicher ausrechnen, was mit den für das Winterhalbjahr bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung auf sie zukommen würde. Am 29. Juli hieß es in unseren Berichten dazu, daß der provisorischen Nationalversammlung ein Gesetz zu diesen Wahlen vorgelegt worden sei, die im Dezember stattfinden sollten. Die Wahlbezirkseinteilung war hierbei für Böhmen, Mähren und Schlesien vorgenommen, während die in der Slowakei „noch durch besonderes Gesetz geregelt werden“ sollte.

Was die Deutschen in der Tschechoslowakei noch in diesen Tagen (Ende Juli) besonders berühren mußte, das waren Erklärungen, die der österreichische Staatskanzler Dr. Renner in einem Schreiben an den Präsidenten Seitz sowie bei Interviews mit Schweizer Journalisten abgegeben hatte, wonach Deutschösterreich auf den Anschlußgedanken an Deutschland verzichte und eine Reihe territorialer Ansprüche fallen lasse. Benndorfs zeitweiliger Stellvertreter Dr. von Beschwitz (Ende Juli bis Ende August von der Münchner sächsischen Gesandtschaft nach Wien geholt) bemerkte dazu am 30. Juli:

„... Dr. Renner sagt in dem Interview, es sei leider aussichtslos, die deutschen Stammesgenossen in Böhmen, Mähren und Schlesien bei Deutschösterreich zu erhalten. Gleichzeitig erklärt er aber, daß ein Verzicht nicht möglich sei bezüglich des deutschen Südtirols, Südsteiermarks und der Grenzen Niederösterreichs gegen Böhmen und Mähren.“

Die Wiener Zeitung „Zeit“ habe zu diesen Erklärungen geäußert:

„War eine ... Einverleibung Nordböhmens und des Sudetenlandes in die Republik Deutschösterreich überhaupt jemals möglich? Deutschösterreich konnte seine Brüder auf dem ‚historischen‘ Boden des tschechoslowakischen Staates nur dem

Deutschen Reiche zuführen; aber es hätte sie immer bei Deutschland belassen müssen, denn Reichenberg und Troppau konnten sehr wohl von Berlin, Breslau oder Dresden regiert oder verwaltet werden, niemals aber von Wien aus, weil die Zwischenstationen Prag und Lundenburg den Draht allemal unterbrochen hätten.“

Damit war unmißverständlich ausgesprochen, daß für die Deutschen in Böhmen von Deutschösterreich her keine konkreten Lösungen ihrer nationalen Probleme mehr zu erwarten waren, und da inzwischen der Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich unterzeichnet war, galt dasselbe annähernd auch für alle sonstigen Anschlußgedanken. Der Zusammenschluß Deutschböhmens mit dem Staat der Tschechen, den Tatsachen nach — d. h. vor allem durch militärische Besetzung und administrative Durchdringung — längst vollzogen, schien nun eben doch unausweichlich zu werden und so konnte auch die staatsrechtliche Fixierung dieser Entscheidung, die in den folgenden Monaten mit Abschluß und Ratifizierung der Verträge von St. Germain vorgenommen wurde, nach keiner Seite hin noch überraschend wirken.

Eine gewisse Mäßigung des tschechischen Mißtrauens gegenüber den undurchschaubaren Planungen der deutschböhmischen Politiker schien sich — trotz der deutlichen Sprache der Resultate der Gemeindewahlen — nun auch allmählich einzustellen. Zumindest gab es Anzeichen dafür, daß auf tschechisch-sozialdemokratischer Seite — und seit dem 8. Juli bestand ja auch ein sozialdemokratisch geführtes Kabinett in Prag — für mehr Verständnis gegenüber der Lage der Deutschen eingetreten wurde.

Bis in den Juni hinein hatte sich die Haltung der tschechischen Verwaltungs- und Militärstellen noch immer weiter verhärtet. Abgestützt wurde das oft schikanöse Vorgehen der tschechischen Lokal-Instanzen auch und gerade in den deutschbewohnten Regionen durch noch im Juni erlassene ‚Ausnahmeverfügungen‘ der Regierung Kramář, die vor allem gegen ‚bolschewistische Umtriebe‘ gedacht waren, die aber auch die aus noch anderen Gründen schwankenden Fundamente des allzu nationalistisch zugespitzten Kurses dieser Regierung festigen sollten. Im Bericht vom 11. Juni hatte B. auf diese die demokratischen Grundrechte — so vor allem die Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, das Briefgeheimnis, das Hausrecht — einschränkenden Verfügungen sowie in Geltung gesetzte Bestimmungen, die nach dem Muster der kaiserlichen Gesetze im vergangenen Krieg die Militärgerichtsbarkeit und Kriegsdienstleistung betrafen, hingewiesen. Nun, am 2. August, hieß es weiter:

„Das führende sozialdemokratische Blatt ‚Pravo Lidu‘ tritt für eine friedliche Verständigung mit den Deutschen ein und protestiert gegen die absichtlichen Übergriffe, die sich die tschechischen Amtorgane gegenüber der deutschen Bevölkerung auch unter der neuen Regierung zuschulden kommen lassen und die eine solche Verständigung vereiteln. Das Blatt fordert die sofortige Aufhebung der ‚Ausnahmeverfügungen‘, die als Handhabe für jene Übergriffe dienen.“

Auf der Linie der tschechischen Verständigungsbereitschaft lagen des weiteren auch Anordnungen des Staatspräsidenten Masaryk vom 22. Juli, zu denen Beschwitz am 14. August mitteilte, daß demnach Personen, die in irgendeine reichsdeutsche oder österreichische Militärformation eingetreten seien, straffrei ausgehen würden, wenn sie bis 1. September 1919 aus dieser Formation austreten würden und sonst

keine strafbaren Handlungen vorlägen. Ebenso würden bereits deswegen Verurteilte voll amnestiert.

Aus dem gleichen Bericht interessiert hier aber auch noch das, was da zum Thema ‚Selbstorganisation der Deutschböhmen‘ sowie zu gewissen Fortschritten in den tschechisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu lesen ist:

„Die Parteileitung des ‚Bundes der Landwirte‘, der Partei der deutschen Landbevölkerung, hat beschlossen, mit dem deutschbürgerlichen Arbeitsblock und mit den deutschen Sozialdemokraten zur Schaffung eines ‚Deutschen Nationalrats‘ ins Einvernehmen zu treten. Der Nationalrat soll als die ‚berufene Vertretung des deutschen Volkes‘ gelten und allein berechtigt sein, im Namen der Deutschen mit der tschechoslowakischen Regierung zu verhandeln . . .“

Zum zweiten der o. g. Punkte heißt es:

„Narodni Listy‘ verzeichnen mit Genugtuung, daß das Leipziger Meßamt in seinen Einladungen für die Herbstmesse die große Bedeutung der tschechischen Kaufleute und Industriellen für die Leipziger Messe würdigt und zum erstenmal tschechische Warenverzeichnisse ausgibt . . .“

Wie indessen an der Spitze des Staates über das tschechisch-deutsche Verhältnis im Rahmen der zwischennationalen Beziehungen prinzipiell gedacht wurde, das kam recht deutlich in Äußerungen des Präsidenten Masaryk zum Ausdruck, die dieser im Gespräch mit dem Korrespondenten der Wiener „Zeit“ von sich gegeben hatte. In den Gesandtschaftsberichten wurden darüber am 7. August z. T. wörtliche Aufzeichnungen gemacht; demnach hatte Masaryk erklärt:

„Mit Deutschland streben wir korrekte und freundschaftliche Beziehungen an, möglichst korrekte Beziehungen; zur Freundschaft kann man niemanden zwingen, ebensowenig zur Liebe. Was der deutsche Minister des Auswärtigen Hermann Müller über die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu den östlichen Staaten sagte, ist zu begrüßen. — Was Ihre Frage über eine Donaukonföderation betrifft, möchte ich mich zunächst negativ äußern: Wenn man unter Donaukonföderation ein anderes Österreich versteht, will ich davon nichts wissen! In keiner Form! Die Frage Österreich ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische. Wirtschaftlich sind wir bereit, zusammenzugehen und sogar möglichst intim. Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein; mit der Idee, die mit dem Wort Österreich verbunden ist, wollen wir nichts zu tun haben.“

Gaben diese Sätze ein bemerkenswertes Zeugnis dafür, wie stark weiterhin in der tschechischen Führungsschicht der Begriff ‚Österreich‘ unter dem Zuschnitt der habsburgischen Ära verstanden wurde, so werden auch die heftigen Reaktionen erklärlich, die gerade in diesen Tagen in Prag, wie übrigens auch in Wien und anderwärts, gegenüber den neuesten Vorgängen in Ungarns Hauptstadt zu spüren waren.

„Aus der Tatsache, daß Erzherzog Josef an die Spitze der Regierung in Budapest getreten ist, hat man hier vielfach den Schluß gezogen, die Entente beabsichtige eine Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn und denke womöglich auch daran, in Deutschösterreich den Habsburger Thron wieder aufzurichten“; so begann am

14. August Beschwitz in Wien seine Mitteilungen, wobei er dann weiter noch auf italienischen Blättern entnommene Vermutungen hinwies, die in Wien umgingen und besagten, die Franzosen würden „die Bildung eines neuen Österreich-Ungarn unter dem Namen einer Donaukonföderation anstreben“.

Wie leicht sich auch alle diese Befürchtungen bald als übertriebenes Gerede zerstreuen ließen — tatsächlich wurde auch der habsburgische Erzherzog infolge anhaltenden Protestes der ungarischen Sozialdemokraten schon nach kurzer Zeit von den Ententemächten zum Rücktritt veranlaßt —, das Schreckwort ‚Restauration der Habsburger‘ war nun einmal gefallen und ließ sich trotz gewisser einleuchtender Gegenargumente nicht mehr völlig verharmlosen. Als bald nach dem Sturz der Budapester Räteregierung jene beunruhigenden Nachrichten in Ungarns Nachbarländern eintrafen, kam es in Prag zu besonders heftigen Demonstrationen:

„Die tschechische sozialdemokratische Partei hat am letzten Sonntag“, so meldete von B. in einem weiteren Bericht vom 14. August, „in Massenversammlungen zu den Vorgängen in Ungarn Stellung genommen. Die Versammlungen haben gleichlautende Resolutionen gefaßt, in denen zunächst der feste Wille bekundet wird, unter allen Umständen an der republikanisch-demokratischen Staats- und Regierungsform festzuhalten und „jeden reaktionären Versuch zur Änderung der Staatsform zu zerschmettern . . .“. — Am Schluß der vor allem an die Adresse der Ententemächte gerichteten Resolution habe es geheißt: „Die Aufrichtung des habsburgischen Thrones in unserer Nachbarschaft würden wir als Verrat an der Idee, in deren Namen der Westen den Krieg gegen den Militarismus und Kaiserismus der Zentralmächte geführt hat, betrachten . . .“. Dem Präsidenten Masaryk und der Regierung Tušar sei abschließend das Vertrauen ausgesprochen worden. — Ergänzend bringt von B. am 21. August noch die Meldung, daß „auch die deutschen Sozialdemokraten gegen die reaktionären Bestrebungen protestierten“; am 13. August hätten sie bei einer Versammlung in Prag ebenfalls eine Resolution angenommen¹³.

Mit dem September war die Zeit gekommen, daß nun auch in Wien zu dem im Pariser Vorort St. Germain ausgehandelten Vertragsentwurf Stellung zu nehmen war. Am 7. September berichtete Benndorf, der inzwischen in sein Amt zurückgekehrt war, ausführlich darüber:

„Die deutschösterreichische Nationalversammlung hat gestern mit 97 christlich-sozialen und sozialdemokratischen Stimmen gegen die 23 Stimmen der ‚Großdeutschen‘ den Staatskanzler zur Unterzeichnung des Vertrags von St. Germain ermächtigt. Die Vertreter der annektierten Gebiete haben sich von der Abstimmung ferngehalten. — Der Ermächtigung ist ein einstimmig gefaßter Protestbeschluß vorausgegangen, worin insbesondere gegen die Verhinderung des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich Verwahrung eingelegt wird, sowie gegen die Losreißung des Sudetenlandes, Südtirols und der Randgebiete von Steiermark und Kärnten mit ihren insgesamt weit über 3 1/2 Millionen deutschen Einwohnern . . .“

¹³ Der dann im folgenden wörtlich wiedergegebene Text der Resolution steht dem anklägerischen Ton der tschechischen Resolution in nichts nach, ja ist teilweise, besonders in den gegen „die mit ungeheurer Blutschuld beladene Habsburger Sippe“ gerichteten Sätzen, noch erbitterter formuliert.

Tatsächlich, so fuhr B. fort, sei die Erteilung der Ermächtigung zur Unterzeichnung in erster Linie durch die wirtschaftliche Not begründet, die Deutschösterreich treffen müßte, wenn nach einer Ablehnung des Vertrages die Lebensmittelzüge und sonstige Hilfsmaßnahmen der Entente ausbleiben würden.

In den Berichten der folgenden Wochen traten die um die Friedensvertragsfragen sich in Österreich¹⁴ fortspinnenden Diskussionen und sonstigen Folgeerscheinungen sowie die bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die in Wien, immer wieder hervor. Doch auch zu den ungarischen und tschechoslowakischen Angelegenheiten wurde, wenn auch nicht mehr in so dichter Folge wie vorher, noch mancherlei ausgeführt, was allgemein, und besonders für Deutschland bzw. Sachsen, zu wissen für wert gehalten wurde.

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des den Österreichern vorgelegten Vertragswerkes stand auch die Auflösung der deutschböhmischen Landesregierung. Am 20. September schrieb B. darüber:

„In der nächsten Woche wird die Auflösung ... in feierlicher Form im hiesigen Parlament stattfinden. Die Beamten der deutschböhmischen Landesregierung werden in den deutschösterreichischen Staatsdienst übernommen und teils in Wien, teils in Linz und Salzburg zugeteilt. Landeshauptmann Dr. Lodgmann begibt sich nach Böhmen und wird dort weiter politisch tätig sein. Landeshauptmannstellvertreter Dr. von Langenhan bleibt in Wien ...“

Mit diesem formellen Akt waren aber die aus tieferen Empfindungsschichten aufsteigenden emotionellen Wogen keineswegs aus der Welt zu schaffen. Noch immer glaubten viele der vor allem politisch denkenden — weniger waren es die wirtschaftlich orientierten — Deutschböhmern, dem Schicksal der Einverleibung ihres Stammes in den Staat der Tschechen entgehen zu können, bzw. um jeden evtl. auch einen schweren Preis entgehen zu müssen. Zu dieser zweifelvollen Situation äußerte sich B. am 24. September ausführlich; er habe, hieß es da, ein von allen deutschböhmischen politischen Parteien „einmütig bekundetes Verlangen nach Wiederlösung Deutschböhmens vom tschechischen Staat“ in direkten Gesprächen mit den Betroffenen feststellen können. Man erhoffe sich unter Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes vor dem Forum des Völkerbundes die Befreiung. Einige hielten auch „eine gewaltsame Losreißung vom Tschechenstaat für möglich ... als günstigste Gelegenheit würden sie den Ausbruch eines Krieges zwischen Polen und Tschechen ansehen, zumal wenn gleichzeitig ... die slowakische Irredenta an die gewaltsame Verwirklichung ihrer Absichten ginge. — Im künftigen Prager Parlament wollen sich die deutschen Abgeordneten, deren es angeblich etwa hundert geben wird, genau so verhalten, wie die Tschechen im alten österreichischen Reichsrat ...“ Es sei aber zu bezweifeln, meint B., daß sie dabei soviel Geschlossenheit in den nationalpolitischen Dingen beweisen würden, wie dies die Tschechen im früheren Wiener Parlament gezeigt hätten; „Sieben Parteien verzetteln in Deutschböhmen ihre Kräfte gegeneinander“, einem Block von vier antikommunistisch bzw. anti-

¹⁴ Statt ‚Deutschösterreich‘ werde es künftig nur einfach ‚Österreich‘ heißen (B. am 7. September).

semitisch orientierten bürgerlichen Parteien stünde der Block der „freisinnig-jüdischen“ „Fortschrittler“ und „Deutsch-Demokraten“ sowie Sozialdemokraten gegenüber. Die nächstwichtigste Aufgabe sei aber das Aufhalten der beständig fortschreitenden Tschechisierung Deutschböhmens, wobei man noch immer auf reichsdeutsche Hilfe hoffe und zwar eher von Preußen her als von Sachsen, mit dem man ja 1918, d. h. in der ersten Zeit nach der Revolution, hinsichtlich der dringenden Hilfsesuche für Deutschböhmen so betrübliche Erfahrungen gemacht habe¹⁵.

Daß die z. T. heftigen Spekulationen um einen deutschböhmisches Separatismus auch noch in den restlichen Monaten des Jahres 1919 weiterliefen und nur sehr allmählich sich beruhigten, muß auch daraus erklärt werden, daß trotz der seit Juli gegenüber Deutschböhmen noch deutlich auf Distanz gehenden Erklärungen der sozialdemokratisch geführten Regierung in Wien die deutschböhmisches Politiker auch weiterhin die in der Republik Österreich für den Anschluß an das Deutsche Reich werbende Bewegung eifrig beobachteten. Ungeachtet — oder gerade infolge — der den Anschluß verbietenden Bestimmungen des Friedensvertrages blieb, wie auch B. am 30. Oktober ausführlich beschrieb, das Hin und Her der Diskussion um verschiedenartige Formen von Anschlußgedanken, dabei auch vor allem von klerikaler Seite genährte, von den Franzosen gern gesehene Spekulationen in Richtung eines österreichisch-süddeutschen Zusammenschlusses in Abtrennung von Norddeutschland¹⁶, in lebhaftem Schwung. Erst von Dezember an schien das die Österreicher so stark bewegende Thema ein wenig abzuklingen und um einiges den nüchterneren Linien zu weichen, die das Vertragswerk von St. Germain aufgestellt hatte¹⁷.

*

Noch viel stärker als das Problem der Deutschböhmen traf den tschechischen Staat aber nach wie vor die Konfliktsituation in seinen südöstlichen Regionen. Wurden auch die ungarisch-kommunistischen Einflüsse in der Slowakei im Laufe des Spätsommers im großen und ganzen beseitigt und überhaupt direkte ungarische Eingriffe dort von den Friedensvertragsregelungen her als künftig wohl nicht mehr wahrscheinlich angesehen, so entspannte sich die Lage dort mit ihren ganzen innerstaatlichen und davon bedingt auch außenpolitischen Schwierigkeiten doch keineswegs.

„In der Slowakei nimmt die Abneigung gegen die tschechische Herrschaft beständig zu“, schrieb B. am 27. September, „die Besetzung der Ämter mit Tschechen, die Eingriffe in das Schulwesen, die fortwährenden Requisitionen ohne hinreichende Entschädigung, die hochmütige Behandlung der Bevölkerung als minder kultivierte Menschen . . . haben dahin geführt, daß jetzt die Mehrheit des slowakischen Volkes die Schaffung einer an den ungarischen Staat angegliederten autonomen Slowakei wünscht. Die Führer der tschechenfeindlichen Bewegung gehören dem Klerus an,

¹⁵ Vgl. meinen Beitrag: Böhmen u. die deutschböhmisches Frage.

¹⁶ „Die Anhänger dieser Idee streben daher auch die Wiedererrichtung einer österreichischen Gesandtschaft in München an“ u. wünschen sich dort auch eine französische (B. am 30. Oktober).

¹⁷ Vgl. B. am 17. Dezember.

dem bedeutendsten Machtfaktor in der Slowakei, einer Hochburg des römischen Katholizismus, und der Intelligenz, die geradezu von Haß gegen das Tschechentum erfüllt ist. — Die slowakische Separationsbewegung wird für die Tschechen besonders dadurch gefährlich, daß sie nicht nur von den Ungarn . . . sondern ebenso sehr von den Polen unterstützt wird . . .“ Im polnischen Interesse läge es in jedem Fall, so führt B. hier weiter aus, daß die Slowakei vom Tschechenstaat losgelöst würde, gleich ob sie dann zu Polen oder — was auch die Polen für wahrscheinlicher hielten — zu Ungarn käme. Die tschechische Presse reagiere auf den Verkehr von Slowaken und Polen miteinander mit „höchst gereizten Kommentaren . . . Der wütende polnisch-tschechische Kampf um Ostrau-Karwin und jetzt um Teschen wäre an sich wohl auch ohne Rücksicht auf größere Zusammenhänge verständlich; tatsächlich handelt es sich dabei aber um Einzelfragen, in denen der fundamentale tschechisch-polnische Gegensatz zum Ausdruck kommt. Der Tscheche sucht die Orientierung nach Osten und eine Grenze mit Rußland, — der Pole verlangt den Ausweg nach Süden . . .“ und so bedürfe der eine wie der andere starker Einflußmöglichkeiten im slowakischen Bereich.

Diese Ausführungen ergänzte B. am 29. September durch Nachreichung eines kurz zuvor erschienenen Artikels aus der Wiener ‚Neuen Freien Presse‘ mit der Überschrift ‚Der Kampf der Slowaken gegen die Tschechen‘. Die „Slowakenführer Pater Andreas Hlinka und Viktor Dworzak“, so wurde da berichtet, hätten in Gesprächen mit einflußreichen Polen erklärt, sie würden nach Rückkehr aus Paris und Amerika unter Zusammenführung aller politischen Gruppen der Slowakei zu einer ‚Unabhängigkeitspartei‘ den Kampf gegen die Tschechen „und gegen die Fiktion eines tschecho-slowakischen Staates“ aufnehmen. Widerstand gegen „die hussitischen Bedränger und Okkupanten“ und Vorbereitungen zu einem „Bunde mit den Polen und anderen Slawen sowie mit den Ungarn“ sei jetzt das vordringlichste Ziel slowakischer Politik.

Unbeirrbar aber hielten die tschechischen Politiker an ihren bekannten national- und außenpolitischen Zielsetzungen fest. Markant bestätigt wurden ihre Leitlinien wieder, als Außenminister Beneš Ende September in der Prager Nationalversammlung zu diesem Thema sprach. Benndorf gab dazu am 2. Oktober Zeitungsberichte nach Dresden und bemerkte selbst dazu:

„Überraschend ist, mit welcher Bestimmtheit der Minister die ‚Schaffung eines neuen politischen Systems in Zentraleuropa‘ verkündet, das auf dem ‚Einvernehmen zwischen der Tschechoslowakischen Republik, den Südslawen, den Rumänen und den Polen aufgebaut sein wird‘. Daß ein solches Einvernehmen der Polen und Rumänen mit den Tschechen in absehbarer Zeit erzielt werden könnte, muß im Hinblick auf die in meinen Berichten . . . mitgeteilten Umstände doch als recht zweifelhaft erscheinen.“

Die unabänderlich fortschwellenden Probleme um die Slowakei zog B. in einem breit angelegten Bericht vom 7. November, nachdem er da eingangs vom Aufschwung der monarchistischen Bewegung in Ungarn und einer gewissen Stärkung auch der klerikal-monarchistischen Gruppen in Österreich gesprochen hatte, noch einmal — und damit zum letzten Mal in der mit Dezember zu Ende gehenden

Berichtsreihe der Wiener sächsischen Gesandtschaft — in nähere Betrachtung: Wenigstens zwei Drittel der slowakischen Bevölkerung würden inzwischen, so B., dank der Bedrückung durch landfremde tschechische Verwaltungsmaßnahmen einerseits und die Agitation des katholischen Priestertums andererseits „die Idee der slowakischen Autonomie unter ungarischer Oberherrschaft“ vertreten; und dazu käme die Begünstigung der Bewegung durch die Polen und Ungarn; wobei ein gar noch monarchisch sich orientierendes Ungarn gesteigerte slowakische Sympathien genösse, wie ja die slowakische Sache auch zunehmend von Budapest aus, wo seit kurzem ein ‚Slowakischer Volksrat‘ bestehe, intensiv unterstützt werde¹⁸. Gesteigerte Polemik zeige sich, nachdem „der Hauptführer der Slowaken, der Pfarrer Hlinka“, kürzlich verhaftet wurde, in der klerikalen Presse. Um weitere Verfolgungen zu verhindern, habe sich „die mächtige klerikale Slowakische Volkspartei“ in einer Resolution aber entgegen ihren tatsächlichen Bestrebungen zur staatlichen Einheit der Tschechen und Slowaken bekannt, gleichzeitig aber auch die Freilassung ihres Führers Hlinka gefordert.

„In ihrem Verlangen nach Autonomie werden die Slowaken übrigens von den tschechischen Mährern unterstützt, wenigstens insoweit eine Autonomie im Rahmen des tschechischen Staates in Frage kommt. Die mährischen Tschechen stehen zu den böhmischen Tschechen ungefähr in demselben Verhältnis wie extrem partikularistische Bayern zu Preußen. Was die Mährer und Slowaken vereint, ist die Abneigung gegen den Prager Zentralismus und das Hussitentum. Auch die Mährer streben nach Autonomie (Mähr. Volkspartei), und zwar jetzt umso mehr, weil diese ihnen als der beste Schutz gegen den in Prag inaugurierten Kulturkampf erscheint. Auch hier hat der Klerus die Führung in die Hand genommen.“ — An diese abschließende Feststellung knüpfte B. (der ja außenpolitischer Beamter eines ausgesprochen nicht-katholischen Landes war) noch die Bemerkung, daß sich das „Schauspiel, wie der katholische Priester die politische Waffe ergreift und mit entschlossenster Konsequenz zur Verteidigung seiner internationalistischen Sache daran geht, eine eben erst errungene große nationale Einheit wieder zu zerstören“, in gleicher Weise im nördlichen (tschechoslowakischen) wie im südlichen (jugoslawischen) Nachfolgestaat biete.

Von den letzten Benndorf-Berichten sind für unsere besonderen Betrachtungen noch zwei herauszugreifen. Sie bringen noch einmal gewisse wirtschaftspolitische bzw. Wirtschaft und Außenpolitik in ihren Zusammenhängen beleuchtende Aspekte zur Sprache: Am 29. November wurde, ausgehend von der Annahme eines Gesetzes über den Abschluß vorläufiger Handelsverträge durch die tschechische Nationalversammlung bemerkt, daß die betreffenden parlamentarischen Berichterstatter sich für das Ziel einer wirtschaftlichen Donaukonföderation und der Ententevertreter in Budapest (Sir George Clark) sich für „Wiedereinführung des Freihandels zwischen den Nationalstaaten“ ausgesprochen hätten. — Am 18. Dezember wurde in breiteren Ausführungen auf Grund von neuartigen Tönen, die Außenminister

¹⁸ In Klammern fügte B. hier hinzu, die gesteigerte „tschechisch-slowakische Antagonie“ habe sich neuerdings auch auf die früher ungarisch, nun tschechisch verwalteten Ruthenen ausgewirkt, die „unter Führung Dr. Beskids . . . Anschluß nach Osten suchen, wohin sie ja tatsächlich auch gehören“.

Beneš im Sinne der Herbeiführung eines intensiveren wirtschaftlichen Zusammenwirkens mit Österreich hatte vernehmen lassen, die Frage der Beziehungen der Nachfolgestaaten, zumal der von Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn, untereinander unter den Bedingungen des Jahresausklangs von 1919 noch einmal in der Runde abgeleuchtet. Nach hin- und herwägenden Vermutungen zu den Gründen, die für den Kurswechsel der Tschechen gegenüber dem bislang recht kühl behandelten Österreich wohl bestimmend sein könnten (und übrigens schon bald den österreichischen Kanzler Dr. Renner zu einem Besuch nach Prag führen würden), kam B. zu dem Schluß, daß es immer wieder die der slowakischen Probleme wegen bestehenden scheinbar unüberwindlichen Konfrontationen zu Ungarn und Polen hin sein müßten, die nun die Tschechen zur Aufgabe ihrer Gleichgültigkeit nach Westen (Österreich) hin veranlaßt hätten. Polen und Ungarn wären sich eben der Slowakei wegen in letzter Zeit immer näher gekommen, fortgesetzt fänden da Verhandlungen um wirtschaftliche, politische und militärische Angelegenheiten statt. Umso mehr hätten die Tschechen nun alles Interesse daran, „daß Österreich zu Ungarn nicht in ein Verhältnis tritt, das die den Tschechen erwünschte Abhängigkeit Österreichs von Prag wesentlich vermindern und somit die Erhaltung der Slowakei für die Tschechen erschweren könnte“. Zwar stünde die österreichische öffentliche Meinung dem Plan einer tschechisch-österreichischen Annäherung mit „recht gemischten Gefühlen“ gegenüber, die Notwendigkeit der Annäherung werde aber aus wirtschaftlichen Gründen „ziemlich allgemein zugegeben“; außerdem würde wohl auch noch das gemeinsame politische Interesse der tschechischen und österreichischen Demokraten an dem wiedererstehenden ungarischen Monarchismus eine unübersehbare Rolle dabei spielen.